

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Bekanntg. Preisliste für 1894 unter Nr. 4919.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 30. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

### Die Aera Caprivi.

Der politischen Windstille des Sommers ist fast urplötzlich eine Hoch- und Sturmfluth politischer Probleme und Ereignisse gefolgt, die selbst dem stolzen Regierungsschiffe ihre Opfer abgerungen hat. Zwar konnte man kaum voraussagen, daß eine so unbedeutende Sturzwelle den Steuermann des „neuen Kurses“ mit seinem ersten Offizier vom Deck spülen würde, aber wo unberechenbare Kräfte im Spiel sind und das persönliche Moment ausschlaggebend in die Waagschale fallen kann, da muß man auf alles gefaßt sein, da treibt auch der Zufall sein Wesen, da kann der kleinste Windstoß das Staatsschiff mit einem erschütternden Ruck auf die Seite werfen.

In der bürgerlichen Presse hat der Abgang des Reichskanzlers, wie das erklärlich ist, getheilte Meinung hervorgerufen. Die konservative Presse drückt, wenn auch etwas zurückhaltend, ihre hämische Freude über den Rücktritt des Kanzlers aus; während die liberale Presse ihre Wehmuth nicht verbergen kann, daß wieder eine ihrer Hoffnungen auf obrigkeitliche Begünstigung zu schanden geworden ist. Wir können in der Sache weder Freude noch Leid bekunden. Caprivi war nur der Geschäftsführer eines Verwaltungssystems, das auf das Interesse der herrschenden Klasse zugeschnitten ist. Zur Bethätigung einer eigenen Politik war ihm wenig Spielraum geboten, und uns gegenüber hat er sich stets als Vertreter der herrschenden Klasse gerirt. Caprivi ist gegangen, das System ist geblieben. Tritt ein anderer an seine Stelle, so hat auch er nach der gegebenen Parole zu handeln.

Nicht in den großen weltbewegenden Fragen der Sozialpolitik kann der Ministerwechsel einen Umschwung herbeiführen — da handelt es sich für die Regierungsmänner immer nur um ein Mehr oder Minder der Umsturz- bekämpfung —, nur in den wirtschaftlichen Interessenfragen, die die bürgerliche Gesellschaft in sich selbst entzweien, kann wieder mal ein „neuer Kurs“ eingeschlagen werden.

Die Stellung des Mannes, der seit 4 1/2 Jahren die politische Leitung in Händen hatte, ist fortwährend von dem Drängen und Stürmen agrarischer Begehrlichkeit umstoßt worden. Dennoch hat er nicht die Stellung eingenommen, zu der ihm die liberale Krämerpolitik am liebsten hingeleitet hätte, sich gänzlich vom Junkerthum loszusagen, und sich auf die Seite des mobilen Kapitals zu stellen. Er konnte es nicht, weil das preussische Regierungssystem viel zu eng mit dem Interesse des Junkerthums verknüpft ist.

### Feuilleton.

### Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audorf.

Ein Polizeikommissär unter der dritten Republik.

Während der ersten Zeit, welche der Befreiung von Paris folgte, waren die Behörden und die Polizei noch nicht wieder reorganisiert worden. Die ganze Verwaltung vereinigte sich in den Händen der Obersten einer angeblichen von Thiers erfundenen Nationalgarde. Diese Leute, welche in Paris eingelebt waren, konnten in ihrem Stadtheile die Angeberei im Großen betreiben und den Militärs, welche mit den Pariser Verhältnissen nicht vertraut waren, die besten Aufschlüsse ertheilen. Daher auch erklärt es sich, daß der Baron Meylan provisorisch an die Spitze der Verwaltung eines Arrondissements gestellt und sogar ein Polizeikommissär wie dieser Guichet ihm untergeordnet war.

Dieser war ein Mann, dessen hartes Auge von dunkeln buschigen Brauen, welche wie mit dem Messer zurecht gehackt schienen, beschattet war. Ein langer, dichter Schnurrbart verdeckte fast den Mund und sein dünnes über den Schädel zusammen gekämmtes Haar war bei den Ohren als Schmachtloden zusammengebrocht und festgeklebt. Alles dieses machte aus diesem Manne das lebende Urbild eines Pariser Polizisten. Sein Aeußeres erinnerte sofort an diezüge seines eigentlichen Herrn und Meisters, des mehr als berühmten Sohnes Berthel's, nach dessen Modelle die treuen Diener des Kaiserreiches ihr Aeußeres zu bilden sich verpflichtet fühlten.

\*) Verhuel, ein holländischer Marine-Offizier, einer der vielen Geliebten der Königin Hortense, Mutter Napoleons III.

So versuchte er denn nur, die lärmenden Nachfahren der Quibors zu beschwichtigen. Er hat den Herren vom Bund der Landwirthe mehr denn einmal die Versicherung gegeben, daß er ein guter Freund der Landwirthschaft, d. h. der Interessen des Agrarierthums, sei. Keineswegs ist seine Amtstätigkeit frei geblieben von Vergünstigungen für diese reaktionäre Sippe; Anerkennung dafür ist ihm nicht geworden, weil die Begünstigungs-Politik seines Vorgängers das Begehren in jenen Kreisen bis ins Unerfüllbare gesteigert hatte. Allerdings wich er durch die Handelspolitik, die er weniger freiwillig, als durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen einleiten mußte, von der bisherigen Wirtschaftspolitik ab. Er ist aber nie ein Mann der Freihandelspolitik geworden, sondern hielt fest an dem Schutzollsystem und den Viebesgaben für Branntweinbrenner und Zuderbarone. Mit Mühe und Noth hat er diese Wirtschaftspolitik durchgeführt. Unablässig arbeitete die mächtige Camarilla, die in ihm einen ihrer verhasstesten Gegner erblickte, an seinem Sturz. Wie in Preußen die Dinge liegen, wäre wahrscheinlich doch über kurz oder lang an dieser Klippe gescheitert. Nun tritt er ab von der politischen Schaubühne im Kampf für „Religion, Ordnung und Sitte“.

Man muß gestehen, der Abgang ist mit vielem Geschick gewählt, Caprivi's junkerliche Gegner können nicht triumphirend behaupten, daß sie den Sturz herbeigeführt haben.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie hat den Vorgängern Caprivi's keine Lorbeeren eingetragen und den Nachbetern ihrer Gewaltspolitik wird es nicht besser ergehen. Wenn er auch einer verschleierten Gewaltpolitik den Vorzug gab vor einer brutalen nach Bismarck'schem Muster, so war er doch von der Nothwendigkeit eines Kampfes gegen die „Umsturzbestrebungen“ nicht minder überzeugt als andere Geheimräthe und Exzellenzen. Im Reichstag hat er wiederholt Gelegenheit gehabt, seine Stellung zur Sozialdemokratie zu bekunden. Sie entsprach vollkommen der seitlichen Auffassung, die in konservativen Kreisen über das Wesen und die Bedeutung der Sozialdemokratie gang und gäbe ist.

Die Sozialdemokratie ist gewiß diejenige Partei, die hier am ruhigsten der Entwicklung der Dinge gegenüber steht. Um Sein oder Nichtsein handelt es sich nicht für sie, was für ein „Ritter“ auch gegen sie in den Kampf ziehen mag. Mit den Waffen, die unseren Gegnern zu Gebote stehen, haben wir gründliche Bekanntschaft gemacht. Seit dem dreißigjährigen Bestehen der Partei wurden sie wiederholt, vom Koffi gereinigt, als treffliches Kampfmittel dem er-

schrachten Philister angepriesen, der auch jetzt wieder angsterfüllt das Heil der Zukunft in ihnen erblickt. Ob Caprivi oder Hohenlohe, ob Eulenburg oder Köller diese Waffen gegen uns führen, wir werden mit den neuen Gesellschaftsrettern ebenso gut fertig werden, wie wir mit Bismarck und Puttkamer fertig geworden sind.

### Aus Frankreich.

Man schreibt uns aus Paris unterm 24. Oktober: Kaum war die Kammer gestern zusammengetreten, als auch schon die Sozialisten ins Gesecht traten. Paschal Groussset hat nämlich die Regierung über die royalistische Konspiration interpellirt, die sich hinter dem Boulangerismus barg und wonach zur Durchführung des geplanten Staatsstreiches Carnot mit vielen Anderen ausgehoben und auf den Mont-Valerien in Gewahrsam gebracht werden sollten, wie dies Cassagnac, einer der Mitverschworenen, in seinem Blatte, der „Autorité“, selber gestand und sich dabei auf die beiden Hauptmader, die Abgeordneten Baron Nadau und Grafen Mun berief. Wenn nun Rochefort, hinter dessen Rücken das monarchistische Komplot geschwiebelt wurde, verurtheilt worden war, wie kommt es dann, daß die Herren Mun und Nadau, die namens der Rechten offiziell mit Boulanger wegen eines Staatsstreiches verhandelt, ungeschoren blieben? Wie jeder Einsichtige konnte natürlich auch Genosse Groussset nur zu dem Schlusse gelangen, daß die Regierung diese Herren ungeschoren lasse, weil sie ein Gefangener der Rechten, d. i. der Feudal-Aristokratie ist. Selbstverständlich war es Groussset nicht um die Verfolgung dieser Herren zu thun; er wollte nur den schreienden Widerspruch aufdecken, der darin liegt, daß man gerade den Feinden der Republik kein Haar zu krümmen wage, während die republikanischen Kämpfer zu Tuhenden ins Gefängniß geworfen werden oder gleich Rochefort in der Verbannung zu leben gezwungen sind. Wollte man also die Nadau, Mun und Konsorten nicht verfolgen, so solle man, wie dies Groussset zum Schlusse seiner Interpellation verlangte, eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen erlassen, gleichgiltig ob dieselben mit der Boulanger'schen Periode zusammenhängen oder mit der Presse, Versammlungen oder Streikangelegenheiten in Verbindung stehen. Die Regierung sprach sich natürlich sowohl gegen die Verfolgung der einen wie gegen die Amnestie der anderen aus, da man nicht mit der Rechten gehen kann, ohne ihr zu dienen und ihr nicht dienen kann, ohne die Linke zu bekämpfen. Und da die Regierungrepublikaner vor allem eine Partei bilden, die in ihrer Verdauungsarbeit nicht gestört werden will, haben sie denn auch gemeinsam mit den Mitgliedern der Rechten für den von der Regierung verlangten Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestimmt und so den Antrag Groussset's zu Falle gebracht. Daß dieser nicht angenommen werden würde, war vorauszusehen und hat sich auch Groussset diesbezüglich keinen Augenblick irgend einer Täuschung hingeeben. Was er erreichen wollte, war zu zeigen, wen die

„In diesem Zimmer wohnt nur eine Frau,“ wendete mein Freund ein, „deren Aufenthalt doch wohl respektirt werden sollte.“

„Gewiß eine Petrolölse! Deffnet augenblicklich oder ich rufe die Soldaten und lasse Sie auf der Stelle füßeln!“

Der Polizist öffnete seinen Ueberrock und zeigte seine dreifarbigte Schärpe, und was noch schlimmer war, er zog aus seiner Tasche einen Revolver. Als ich seine Drohungen vernahm, öffnete ich trotz Sylvia's Flehen die Thür.

„Sie sind Jacques Menlan?“ frag er mich.

„Ja,“ war meine Antwort, „was wollen sie von mir?“

„Ich habe einen Haftbefehl gegen Sie.“

Bei diesen Worten zog er ein Papier aus seiner Brieftasche und zeigte es mir. Da er zugleich seinen Revolver hielt, entfiel der Verhaftsbefehl, als er ihn wieder in die Tasche stecken wollte, seinen Händen und glitt abwärts unter ein Möbel. Sein Augenmerk war in diesem Augenblick nur darauf gerichtet, daß ich ihm nicht entwischte und so näherte er sich schnell dem Fenster und stieß zwei Mal schrill in eine Pfeife. Im Nu erschienen auf der Schwelle der Wohnung meines Freundes zwei finstere Gestalten, welche der Kommissär jedenfalls unterwegs aufgelesen hatte und welche jede gleichfalls einen Revolver in der Hand und ein Faubournotet um den Leib gegürtet trugen. Ihr Käppi, ähnlich dem der Nationalgarde, unterschied sich von diesem durch eine weiße Borte mit einer rothen Schnur.

„Bewachen Sie diesen Mann,“ herrschte sie der Polizeikommissär an. Dann nahm er eine bis ins Kleinste gehende Hausdurchsuchung vor. Er konnte weder eine Waffe, noch irgend eine uns kompromittirende Schrift finden. Während der Zeit hatte ich zu wiederholten Malen Gelegenheit, genau seinezüge zu beobachten. Dieselben schienen mir nicht unbekannt zu sein. Aber wo hatte ich diesen Menschen schon gesehen?

„Im Namen des Gesetzes,“ rief er, „machen Sie auf!“



Regierung der Perier'schen Republik vertritt und das ist ihm vollständig gelungen.

Trotz der vielen von sozialistischer Seite eingebrachten hervorragenden Interpellationen und Gesandtschaften dürfte sich der Hauptkampf gegen die Regierung doch erst bei Verathung der Budgetdebatte entspinnen. Die sozialistische Kammergruppe hat denn auch gestern nach Austausch ihrer Ansichten über die allgemeine parlamentarische Lage eine Kommission mit dem Auftrage ernannt, das Budget zu studiren und die Taktik zu bestimmen, welche die Gruppe bei Verathung der einzelnen Budgetfragen einzuhalten habe. Die Kommission besteht aus den Genossen Calviniac, Guedde, Jaurès, Jourde, Pillerand und Vallant. Gleichzeitig hat die Gruppe beschlossen, die belgischen sozialistischen Abgeordneten zu ihrem glänzenden Wahlsieg zu beglückwünschen und wurde mit der Ausarbeitung dieser Adresse Genosse Jaurès betraut.

Bachumont, der neue Abgeordnete von Nogent, das früher durch Casimir Perier vertreten war, wurde bei seinem am Donnerstag erfolgten Eintritt in die Kammer von der sozialistischen Gruppe mit einem demonstrativen „Vive la République!“ empfangen. So sehr nun auch Perier für einen Republikaner gelten will, dürfte ihm dieser Ruf doch verdammt unangenehm in den Ohren gellen.

Die sehr die Regierungspresse auch gegen den Internationalismus der französischen Sozialisten wettete, es nützt ihr nichts, sie wird unsere Genossen nicht zu Chauvinisten machen und wenn sie auch Feuer und Flammen gegen sie speit. Das hat erst gestern eine hier stattgehabte öffentliche Versammlung gezeigt. Zu dem Zwecke einberufen, um gegen die Verfolgung des „Chambard“ und der „Petite République“ zu protestiren, ist nämlich am Schluß derselben, nachdem unter anderem die Genossen Séraut-Richard, Jevais und Duc-Quercy das Wort ergriffen hatten, nebst einem Antrag, der die Verfolgung der beiden genannten Blätter, sowie die von Casimir Perier und der ihm ergebenden Parlamentsmajorität verübte Politik aufs schärfste verdammt, noch folgender Antrag mittels Applikation angenommen worden: „Die am Dienstag, den 29., im Saale Olobre versammelten Bürger senden den sozialistischen belgischen Brüdern, die soeben die Pforten des Parlaments gesprengt und dort die Fahne des internationalen Sozialismus aufgespielt haben, ihre enthusiastischen Glückwünsche, den auf dem Landeskongreß zu Frankfurt versammelten deutschen Sozialisten ihren Brudergruß und rufen mit den auf demselben Programm und in derselben Taktik vereinigten Sozialisten Deutschlands und Belgiens: Hoch die internationale Sozialdemokratie! Nun, ihr antisozialistischen Blätter, mögt ihr weiter heulen.“

Der Generalrath der Seine und das Waisenhaus von Cempuis. Man schreibt uns aus Paris unterm 29. Oktober: Wie vorausgesehen war, hat die Regierung die vom Generalrath geforderte Auslieferung der Dokumente, die angeblich zur Abhebung des Direktors der Waisenanstalt von Cempuis führten, verweigert. Darauf hätte es unseres Erachtens nur eine Antwort geben können: Demission des Generalraths. Die Regierung hat nämlich über die Köpfe der Aufsichtskommission des Waisenhauses von Cempuis wie über die des Generalraths hinweg Herrn Robin abgeholt, ohne auch nur die Dokumente ausliefern zu wollen, die angeblich die Revelation Robins notwendig machten. Es wäre somit an den Wählern zu entscheiden, ob sie mit dem willkürlichen Vorgehen der Regierung einverstanden sind oder nicht. Anstatt dessen hat es der Generalrath in seiner gestrigen Sitzung vorgezogen, einen von seinem Präsidenten ausgehenden Antrag anzunehmen, wonach eine Enquete-Kommission zu ernennen ist, deren Zusammenfassung und Befugnisse in einer späteren Sitzung zu bestimmen sind. Was damit erreicht werden soll, ist nicht gut abzusehen. Daß die Regierung willkürlich gehandelt, daß nichts gegen Robin vorliegt, als daß er der Reaktion unangenehm ist, das weiß der Generalrath heute schon; wozu also eine neuerliche Befestigung dessen, was er ohnedies schon weiß und Alles auf dem alten Fleck beläßt. Die Enquete ist somit nichts als ein Verlegenheitsakt, nichts als eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit, um nicht zu sagen, ein Zeichen der Ohnmacht des Generalraths, die sich übrigens auch schon bei der Verhaftung des Stadthaus durch den Generalrath deutlich genug dokumentirt hat. Ein von den sozialistischen Generalräthen ausgegangener Antrag, die Sitzung aufzuheben und jede Diskussion bis zur offiziellen Mitteilung der auf die Waisenhaus-Angelegenheit bezüglichen Dokumente zu vertagen, wurde mit 58 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Uebrigens wäre mit der Annahme des Antrages auch nichts weiter erreicht worden als eine Schädigung der Interessen des Seine-Departements und die Berechtigung der Regierung, den Generalrath aufzulösen. Eine Kollektiv-Demission mit ihren nachfolgenden Neuwahlen ist allerdings ein kostspieliges und gewagtes Ding; wer aber in Kämpfe und Recht nicht zu ihr zu wagen greift, der thut besser, das Schwert in der Scheide zu behalten, als in der Lust herumzufucheln oder einen Schlag ins Wasser zu führen, was das der vom Generalrath angenommene Antrag ist. Glücklicherweise kommt die Angelegenheit noch vor die Kammer, und da dürfte die Regierung trotz der ihr gefügigen Majorität einen viel schwereren Stand als vor dem Generalrath haben.

„Es scheint mir, mein Herr,“ redete ich ihn an, daß dieses nicht unser erstes Zusammentreffen ist?“

„Möglich, doch ich erinnere mich nicht.“

„Wollten Sie mich nicht vor einigen Monaten auf dem Boulevard Montmartre arreiren, weil ich kein zu großes Vertrauen in das militärische Genie Ihres Kaisers hatte?“

„In der That,“ erwiderte der Kommissär, ganz erfreut einen Jang wieder zu erwischen, der ihm das erste Mal entgangen, „und das beweist, daß Niemand unserer Aufmerksamkeit entgeht. Wir wissen die Missethäter immer wieder aufzufinden.“

„Wird man mir keinen Ausschub bewilligen, bevor man mich erschießt? Ich wollte nicht sterben, ohne eine Pflicht erfüllt zu haben, welche die letzte Hoffnung meines Lebens in sich schließt.“

„Seit gestern finden keine summarische Erschießungen mehr statt. Sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt, dessen Präsident die Befugniß hat, Ihnen zu bewilligen, was Sie wünschen, wenn Sie ihn darum ersuchen.“

Sylvia, welche auch in diesem schrecklichen Augenblicke ihren Muth bewies, fand, obgleich man sah, wie sie gewaltsam ihre Thränen bekämpfte, die Kraft, den Kommissär zu fragen:

„Könnten Sie mir nicht die Gunst gewähren, ihn im Wagen dahin zu begleiten, wohin Sie ihn führen, anstatt daß er zu Fuß zwischen Ihren Agenten über die Straßen muß?“

„Dagegen habe ich nichts einzuwenden,“ erwiderte der Polizeimann, welcher freilich nicht aus Rücksicht der Menschlichkeit diesen Wunsch Sylvia's bewilligte, sondern aus eigener Bequemlichkeit diese Art der Beförderung vorzog.

„Nolen Sie einen Wagen,“ wendete er sich an einen seiner Leute.

Eisiges Schweigen herrschte in dem Raume nach Entfernung des Schergen, nur unterbrochen von dem Schluchzen des mir theuersten Wesens, von welchem ich wohl auf immer scheiden sollte.

Sylvia hatte ihren Arm um meinen Nacken ge-

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober.

**Amlich verlaublich** heute der „Reichs-Anzeiger“ den Rücktritt der Grafen Caprivi und Eulenburg unter Verleihung der höchsten Orden und die Ernennung des Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst zum Reichskanzler, Präsidenten des (preussischen) Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Unterstaatssekretärs von Köller zum Staatsminister und Minister des Innern. —

Die Entlassung Caprivi's war in verschiedenen Mittheilungen liberaler Blätter darauf zurückgeführt worden, daß die Familie Eulenburg den Besuch des Kaisers in Liebenberg dazu benutzte, ihn durch Vorlegung eines Artikels der „Kölnischen Zeitung“, in dem Graf Eulenburg's Verhalten abfällig besprochen wurde, gegen den Grafen Caprivi einzunehmen. Die „Post“ veröffentlicht dem gegenüber eine feierliche Nichtigstellung, die augenscheinlich auf den Grafen Eulenburg oder seine Umgebung zurückzuführen ist. Sie lautet:

1. Graf Eulenburg war in der Staats-Ministerial-Sitzung am Freitag, den 19. d. Mts., keineswegs isolt, vielmehr mit den übrigen Ministern bemüht, eine Einigung herbeizuführen, welche auch gelang.

2. Die ostpreussische Deputation hatte sich zu Anfang der Woche an das Hofmarschallamt mit der Bitte um Vermittelung einer Audienz gewandt und darauf, bevor der Ministerrath am 19. d. Mts. stattgefunden hatte, den Bescheid erhalten, daß die Audienz bewilligt und auf den 20. festgesetzt sei.

3. Graf Eulenburg war zur Jagd in Liebenberg nicht eingeladen. Er begab sich dorthin erst Mittwoch früh auf telegraphischen Befehl des Kaisers.

4. Graf Eulenburg hat sich bei dem Kaiser über die Haltung der „Caprivi-Offiziere“ nicht beschwert, insbesondere nicht über den bekannten Artikel der „Köln. Ztg.“

Der letztere ist erst nach der Rückkehr von Liebenberg, Donnerstag spät Abends, zu seiner Kenntniß gelangt.

Uns interessiert dabei hauptsächlich die erste Mittheilung, die, wenn sie richtig ist, darauf hinausläuft, daß der Reichskanzler und der preussische Ministerpräsident über den Kampf gegen den Umsturz“ eins geworden waren. Es würde das unsere Ansicht bestätigen, daß es sich bei der ganzen Ministerkrise immer nur um ein Mehr oder Minder von Drangsalungen der Sozialdemokratie zwischen Caprivi und Eulenburg handelte. Wir werden ja bald erfahren, was bei der staatsmännischen Einigung herausgekommen ist.

Der Statthalterposten in Elsaß-Lothringen ist durch die Ernennung des Fürsten Hohenlohe zum Reichskanzler neu zu besetzen. Als Kandidaten werden genannt der abgetretene preussische Ministerpräsident Graf Voith von Eulenburg, dann drei Generale: der Feldmarschall Graf Pos und die kommandirenden Generale Prinz Friedrich v. Hohenzollern und Graf Waldersee. —

Zahlreiche weitere Krisengerüchte schwirren herum, hiervon im Einzelnen Notiz zu nehmen, liegt aber kein Anlaß vor. —

Die persönliche Parteinahme der Staatsoberhäupter in den politischen Kämpfen der Gegenwart ist bei der Zuspizung der sozialen und politischen Gegensätze durchaus natürlich. Wir finden die nämliche Erscheinung in republikanischen und monarchischen Ländern. Casimir Perier besaß nach dieser Richtung hin in Frankreich wesentlich dieselbe Taktik, wie der König von Preußen und andere Fürsten in Deutschland. Wos ein wesentlicher Unterschied besteht haben und drüben. In Frankreich sind die Parteien, welche dem Staatsoberhaupt Opposition machen, nicht wehrlos. Das Staatsoberhaupt ist genau denselben Gesetzen unterworfen, und hat genau dieselben Rechte, wie die Mitglieder der verschiedenen Parteien — nicht mehr und nicht weniger.

Anders in Deutschland. Durch unsere Majestätsbeleidigungs-Gesetze ist das Staatsoberhaupt nicht nur über das gemeine Gesetz emporgehoben, sondern jede Kritik des Monarchen ist auch demaßen erschwert, daß es einem Verbot gleichkommt. Das Staatsoberhaupt kann sagen, was ihm gut dünkt, angreifen, wen und wie es ihm gut dünkt, und dem Angegriffenen sind die Hände gebunden, auf die freie Kritik sind die härtesten Strafen gesetzt. Das ist eine Anomalie. —

Bismarck muß jetzt traurige Stunden erleben. Sein Nachfolger zog sich mit ebensoviel ehlicher Freude wie er mit schlecht verheiltem Kerger in's Privatleben zurück und

schlugen, und ein Thränenstrom, den sie so lange zurückgehalten, machte sich jetzt mit Gewalt Luft.

„Der Wagen ist bereit,“ brüllte der Agent mit durchdringender Stimme herauf.

„Ich will Dich nicht verlassen, Jacques, ich will mit Dir sterben. Es wäre besser gewesen, wir hätten uns beide auf einer Barrade tödten lassen!“ rief Sylvia verzweifelt aus.

„Es ist noch nicht Alles verloren, theure Geliebte,“ versuchte ich sie zu trösten, „da mich erst ein richterliches Urtheil erwartet.“

„Sie bleiben hier, Madame, ich befehle es Ihnen,“ herrschte der Kommissär sie an. „Einer von Euch,“ wendete er sich zu seinen Agenten, „wird diese Frau während einer Stunde bewachen, damit sie das Haus nicht verläßt.“

Ich drückte Sylvia noch einmal an mein Herz; dann riß ich mich los, da ich selber meine Thränen kaum zurückhalten vermochte, und stürzte mit fieberhafter Hast, begleitet von den Polizisten, die Treppe hinab.

Im Wagen befand ich mich mit dem Kommissär allein und während der Fahrt dachte ich an den Marinelieutenant Cournot, welcher am 2. Dezember sich in der gleichen Lage befand wie ich. Derselbe erwürgte den Polizeiamtensmann im Wagen, stieg ruhig aus und befahl dem Kutscher, seinen „Freund“ nach dem Polizeigebäude zu fahren. Doch waren für mich die Verhältnisse wesentlich ungünstiger. Abgesehen von dem zweiten Polizisten, der sich zum Kutscher gesetzt hatte, führen wir auch am hellen Tage durch vollreiche Straßen. Die Trottoirs und Gassen waren von den Leiden der Föderirten bedeckt, welche man noch nicht hatte fortgeschaffen können, so groß war ihre Zahl. Linienkolonnen gingen zu Zweien hin und her, mit dem Chassepot auf den Schultern.

Als wir durch die Rue Montmartre fuhrten, sah ich an vielen Fenstern dreifarbige Fahnen, aus welchen noch vor einigen Tagen rothe flatterten. Auf dem Boulevard sah ich verschiedene Nationalgardisten ungenirt ipozieren gehen. Sie trugen um den Arm gleichfalls die dreifarbige

kein Mensch denkt an den großen, einzigen, unerfesslichen Bismarck. Nicht einmal sein Rath wurde eingeholt, nicht einmal seine Presse hat an ihn erinnert. Vergessen und verschollen ist der Mann. Und ein 75-jähriger Mann, also ein nur um vier Jahre jüngerer wird an die Stelle gesetzt, die für die Dynastie Bismarck allein bestimmt schien. Dies ist besonders schmerzhaft für den Herzog von Lauenburg, der sich über den Fürsten Hohenlohe in seinen „Hamburger Nachrichten“ dahin äußert, daß er ebenso wie Caprivi lediglich den Willen des Kaisers zur Ausführung bringen werde. Der edle Bismarck scheint ganz daran vergessen zu haben, daß er versucht, jede Opposition damit waffenlos zu machen, daß er sich als nichts anderes denn als Vollstrecker des kaiserlichen Willens bezeichnete. Fürst Bismarck scheint somit an Alterschwäche zu leiden. —

Wennigen, der von Hammacher als Retter des Vaterlandes, als Caprivi's Nachfolger proklamirte, will sich nur definitiv ins Privatleben zurückziehen. Er beabsichtigt demnächst seine parlamentarischen Mandate und seine Oberpräsidentenstelle niederzulegen. Damit tritt die nationalliberale Partei vollständig vom Schauplatz ab, denn sie ist führerlos. All' die anderen kleinen Geister können die Partei nicht mehr zusammenhalten. Miquel ist, seitdem er den goldgeputzten Ministerstrahl angethan, für die Partei vollständig verloren und Wennigen hat jede Hoffnung aufgegeben. Deutschland wird diese Verluste ertragen können. Wennigen soll beabsichtigen, unseren Kolonien in Afrika einen Besuch abzustatten. Hoffentlich wird dem 71-jährigen Herrn von dem gegenwärtigen Gouverneur von Kamerun das dort übliche Gastrecht in der ausgiebigsten Weise zu theil. —

Die Kommission für Arbeiterstatistik wird am 9. November zu einer Sitzung zusammentreten. Der „Reichs-Anzeiger“ berichtet hierüber:

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Untersuchung über die Verhältnisse der in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigten Personen. Die Verathung darüber wird das im kaiserlichen Statistischen Amt zusammengestellte Ergebnis der Ende vorigen Jahres veranstalteten Fragebogen-Erhebung zu Grunde gelegt werden, welches als Druckfache „Erhebung über die Arbeits- und Verhältnisse der Kellner und Kellnerinnen“ in Karl Heymann's Verlag (Berlin) erschienen ist. In der Verhandlung sollen zwei Wirtze und zwei Kellner als Sachverständige Zeisiger mit beratender Stimme zugezogen werden.

Ferner beabsichtigt die Kommission, in ihrer nächsten Sitzung — ebenfalls unter Zuziehung sachverständiger Zeisiger — 64 Auskunftspersonen aus dem Handelsgewerbe zu vernehmen. Die Auskunftspersonen, 52 Prinzipale, 32 Gehilfen, 10 Hausdiener, der Vertreter eines Vereins für weibliche Angeestellte und der Leiter einer kaufmännischen Stellenvermittlung, sind durch einen Ausschuss der Kommission aus einer größeren Zahl von Personen ausgewählt worden, die seitens kaufmännischer Verbände und Vereine vorgeschlagen waren. Bei der Auswahl haben die verschiedenen Gegenden des Reichs, große, mittlere und kleine Städte, sowie die hauptsächlichsten Geschäftszweige entsprechende Berücksichtigung gefunden. Die Vernehmungen werden voraussichtlich den Abschluß der Erhebung über Arbeitszeit, Stundigungsfristen und Bezahlungsverhältnisse im Handelsgewerbe bilden, so daß demnächst der Schlussbericht der Kommission über diese Erhebung an den Reichskanzler zu erstatten sein wird. Die bisherigen Ergebnisse der Erhebung sind in drei Druckfachen (Berlin, Karl Heymann's Verlag) niedergelegt, deren letzte vor kurzem erschienen ist und außer anderem auch ein Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamts über den Einfluß der Beschäftigung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge auf ihre Gesundheit enthält.

Zur Fortsetzung der im Sommer v. J. eingeleiteten Erhebung über die Arbeitszeit in Getreidemühlen sind entsprechend den Beschläffen der Kommission vom Juni d. J. gutachtliche Aeußerungen von Vereinigungen der beteiligten Unternehmer und Arbeiter erfordert worden. Die zu diesem Zweck aufgestellten Fragebogen wurden 20 Mühlen-Innungen, dem Verbande deutscher Mühlen und 19 Zweigverbänden desselben sowie 39 Vereinen von Mülbergelassen Anfang September d. J. übersandt. Ein Theil der Antworten ist bereits eingegangen; die übrigen sind im Laufe d. M. zu erwarten. —

Den Zigarrenverkauf in den Schankwirtschaften am Sonntag beabsichtigt nach einer Mittheilung der Rhein. Weiß. Zeitung die Regierung zu kontrolliren, weil dadurch den eigentlichen Zigarrengeschäften, die am Sonntag in den Hauptverlehrsstunden schließen müssen, eine ungerechtfertigte Konkurrenz gemacht werde. Es seien bereits mehrere Vorschläge gemacht und erzwungen worden, um diesen Wettbewerb einzuschränken oder doch milder fühlbar zu machen. Aber alle bisherigen Vorschläge hätten sich bei näherer Prüfung als unzumuthig erwiesen. Nun soll indessen eine für wirksam und zweckmäßig gehaltene Art gefunden sein. —

Verfallener Binde und ich erkannte unter ihnen dieselben Leute, welche zwei Wochen vorher aus voller Kehle geschrien: „Es lebe die Kommune!“, welche uns vorwarfen, daß wir keine Energie entwickelten und um besser ihre Verrätherei zu verbergen, verlangten, daß eine Untersuchung gegen die Führer der Föderirten eingeleitet werde.

Der Kerger über die Frechheit dieser Verräther bewegte mich einen Augenblick stärker als jedes andere Gefühl und es war mir ganz gleichgiltig, vielleicht im nächsten Augenblick schon sterben zu müssen.

Als wir an meinem Bestimmungsorte anlangten, wurde ich in eine schmutzige Zelle gesperrt, welche mit einer Zusanteriewache in Verbindung stand. Ich erwartete da mit Ergebung meine letzte Stunde.

Während dieser Zeit war Sylvia von einer Ohnmacht, welche sie im Augenblicke unserer gewaltigen Trennung übermannte, wieder erwacht. Der Polizist war verschwunden und mechanisch ließ sie ihren Blick durch den Raum irren.

Gleichsam magnetisch blieb ihr Auge an dem Papier hängen, welches der Polizeikommissär in der Verwirrung des Augenblicks verloren. Sie glaubte in ihm einen letzten Gruß von mir zu finden und las den Inhalt des verhängnisvollen Dokuments.

Wer beschreibt jedoch ihr Erstaunen, als sie einen Verhaftsbefehl gegen mich in die Hände bekam, unterzeichnet von meinem Bruder Baron Meylan.

„Dieser Glaube!“ rief sie ganz außer sich vor Ent-rüstung, „hat man jemals eine solche Niederträchtigkeit gesehen! Und vor Kurzem hatte dieser Deuchler noch die Stirne mich seiner Ergebenheit zu versichern! Mit dieser Komödie wollte er nur den Aufenthalt Jacques' entdecken. Dieser schändliche Mensch trachtet nach meinem Vermögen und als Hochzeitsgeschenk bietet er mir den Kopf Jacques' an. Gibt es wohl ein Wort, um ein solch verbrecherisches, hinterlistiges Beginnen zu bezeichnen?“ —

(Fortsetzung folgt.)



**Ueber die Entwicklung der ungarischen Kirchen-**  
geschehnisse meldet eine Budapest Depesche das folgende:  
Die Ausschüsse des Magnatenhauses verhandelten heute das  
Memorandum des Abgeordnetenhauses über die unveränderte Juris-  
diktions der Kirche, betr. die freie Religionsübung und die Juden-  
rezeption. Die erste Vorlage wurde, nachdem der reformierte  
Bischof Esch im Interesse des Liberalen Fortschrittes erklärt  
hatte, den Widerstand gegen die Konfessionslosigkeit aufzugeben,  
nach längerer Debatte mit Aufnahme mehrerer Bestimmungen,  
welche die religiöse Erziehung konfessionsloser Kinder sichern, an-  
genommen.

**Majestätsbeleidigung in Frankreich.** Am 5. No-  
vember wird der Redakteur des illustrierten Sozialisten-  
blattes „Chamard“ vor Gericht erscheinen, wegen Be-  
leidigung des Präsidenten Casimir Perier. Die Ver-  
theidigung wird von den Advokaten Millierand und vom  
Abgeordneten Jaurès, welcher, ohne Advokat zu sein, die  
Erlaubnis zur Verteidigung erlangt hat, geführt werden. —

**Die Provinzialratswahlen in Belgien** haben  
gestern stattgefunden. Wieder sind die Erfolge der Ultra-  
montanen sehr groß und die Verluste der Liberalen recht  
bedeutend. Unsere Genossen haben wieder beachtenswerthe  
Erfolge zu verzeichnen. Sie sind aber nicht so groß wie  
bei den Deputirtenwahlen, weil das Wahlrecht hier für sie  
ungünstiger ist.

Ueber das Ergebnis der Wahl liegen die folgenden  
Depeschen vor. Herold's Bureau meldet:

Das offizielle Ergebnis der geistigen Provinzialrats-Wahlen  
wird erst gegen Mittag bekannt werden. Die Zahl der zu  
wählenden Provinzialräthe beträgt 655. In den Provinzen  
Antwerpen, Limburg, Namur, Luxemburg und Flandern  
siegen fast durchweg die Katholiken, in Lüttich, Henne-  
gau und Brabant die Liberalen. Die Sozialisten haben  
den Liberalen weniger Sitze abgenommen,  
als man bisher annahm. Die Katholiken haben, soweit  
es jetzt konstatiert werden konnte, 19 Sitze gewonnen und einen  
verloren. Die Sozialisten eroberten in Mons und  
Charleroi acht Sitze. Eine ganze Anzahl Stich-  
wahlen steht bevor. In dem Siege der Liberalen in  
Brüssel, welcher mit Hilfe der Katholiken errungen ist, bemerken  
die liberalen Blätter, der Sieg sei traurig, weil er den Sieg der  
Katholiken über den Theil der Liberalen bedeute, der sich gestern  
von den Doktrinären getrennt und mit den Sozialisten verbunden  
habe. Die Blätter fügen aber gleichzeitig hinzu, daß die Libe-  
ralen die Hilfe der Katholiken nicht verlangt hätten.

Wolf's Bureau wird aus Brüssel depeeschirt:  
Bei den gestern im ganzen Lande stattgehabten Provinzial-  
rats-Wahlen haben die Katholiken in Flandern alle bisher inne-  
gehabten Stellen behauptet und außerdem drei Sitze gewonnen.  
Sie kommen in Gent mit 14 auscheidenden Liberalen in Stich-  
wahl; in der Provinz Antwerpen behaupten die Katholiken ihre  
bisherigen Stellen und kommen mit 28 Liberalen, deren  
Mandat erloschen ist, in Stichwahl. In der Provinz  
Namur hat eine Stichwahl zwischen 13 auscheidenden  
Katholiken und 13 Liberalen stattgefunden. In Brabant  
gewonnen die Katholiken 11 Sitze, außerdem haben dort zahl-  
reiche Stichwahlen stattgefunden zwischen  
Liberalen, Katholiken und Sozialdemokraten.  
In der Provinz Lüttich gewinnen die Katholiken einen Sitz; für  
die Stadt Lüttich ist eine Stichwahl zwischen  
23 auscheidenden Liberalen und 23 Sozial-  
demokraten notwendig. Im Hennegau gewinnen die  
Katholiken 8 Sitze und die Sozialdemokraten 15 von  
den Liberalen. Außerdem haben mehrere Stichwahlen  
zwischen den auscheidenden Liberalen und  
den Sozialdemokraten stattgefunden. In den übrigen  
Provinzen hat keine bemerkenswerthe Veränderung statt-  
gefunden.

Eine in der Nacht eintreffende Herold-Depesche lautet:  
Brüssel, 29. Oktober. Es sind 17 sozialistische General-  
räthe gewählt worden; 41 kommen zur Stichwahl. Die Katho-  
liken haben in 6, die Liberalen in 3 Provinzen gesiegt. Die  
Bildung eines Arbeiter-Ministeriums wurde definitiv beschlossen,  
ebenso die anderen Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter-  
klassen. Der König billigte diese Pläne vollständig.  
Der Abgeordnete von Löwen, Ryffens, wird Arbeitsminister.  
Beernaert lehnte das Portefeuille ab; er bleibt also außerhalb  
des Ministeriums. Alle sozialistischen Abgeordneten kommen  
morgen hier zusammen, um ihre Stellung in der Kammer definitiv  
festzustellen.

**Ueber die belgischen Parlamentwahlen** äußert  
sich der neu gewählte sozialistische Abgeordnete Professor  
Wandervelde in einem trefflichen Artikel im sozial-  
politischen Zentralblatt. Wir entnehmen demselben die  
folgenden Stellen:

Es ist also im ganzen die katholische Mehrheit etwas stärker,  
als sie es unter dem Klerikalsystem war; die liberale  
Opposition ist buchstäblich zusammengeschrumpft, und es erscheint  
nunmehr die sozialistische Partei als die Hauptstütze der Gegen-  
schaft der Regierung. Fortan, kann man jedenfalls sagen, giebt  
es in Belgien nur zwei große politische und soziale Mächte: die  
Klerikale und die sozialistische.

Die sozialistische Partei hatte als Gegner die beiden alten  
Parteien, verstärkt durch die neuen Elemente: die mit den Ra-  
dikalern verbundene liberale Partei und die katholische Partei mit  
ihrer christlich-demokratischen Partistrupe. Alle Anzeichen sprachen  
zu Gunsten der Regierung. Die Liberalen jedoch bildeten sich  
ein, Terrain zu gewinnen und sogar das Ministerium zu stützen.  
Was die Sozialisten anlangte, so war jedermann in den Kreisen  
der bürgerlichen Politiker überzeugt, daß sie lediglich eine  
quantitas negligible (eine der Beachtung nicht werthe kleine  
Anzahl) bedeuteten.

Selbstverständlich bauten die Sozialisten trotz der unstreitigen  
Schwierigkeiten des Kampfes zu sicher auf die Macht ihrer Organi-  
sation, als daß diese Prophezeiungen hätten Eindruck machen  
können. 104.000 Parteigenossen, von den großen sozialistischen  
Verbänden ausgebracht reiche Geldmittel, zwei Tageszeitungen  
in einer Auflage von 60.000 Exemplaren, eine außerordentlich  
dichte Arbeiterbevölkerung, bis auf das Innerste ausgerüstet  
durch ein Jahrzehnt und darüber unaufhörlicher Propaganda —  
dies waren die Bedingungen des Erfolges, und verbündet wäre  
es gewesen, ihre Bedeutung zu verkennen. Hierzu kommen über-  
menschliche Anstrengungen während der beiden, den Wahlen vor-  
hergehenden Monate. Der Brüsseler Verband veröffentlichte zu-  
erst zwölf Propaganda-Broschüren theoretischen Inhalts zu zehn  
Centimes und jede in einer Auflage von zehntausend Exemplaren.  
Hiernauf wurden zwei Millionen Broschüren von je acht Seiten aus-  
gegeben, in denen man sich an verschiedene Arbeiterkategorien wandte.  
Jede große Vereinigung: Kleidermacher, Kohlenarbeiter, Stein-  
bruch-Arbeiter, Banenarbeiter, staatlich Angestellte, Lehrer u. s. w. —  
hatte eine besondere Broschüre, deren Auflage nach der  
Zählung von 1890 berechnet war. Zwei weitere Schriften  
wandten sich an die katholischen Arbeiter und die Land-  
leute. Um diese letzteren in allen Ortschaften zu verbreiten,  
griff man zu einem ganz eigenartigen Mittel. Alle Sonntage  
fuhr ein Zug von zwanzig oder fünfundsiebenzig Bicyclisten  
aus Brüssel und anderen Städten hinaus, um in den länd-  
lichen Gemeinden gerade in der Stunde der Frühmesse  
einzutreffen. Es wurden dann an die Bauern sozialistische  
Broschüren und Einladungen zu nach der Hauptmesse stattfindenden  
sozialistischen Versammlungen verteilt. Zur bestimmten Stunde  
erhielten der Redner der Arbeiterpartei am Eingang der Kirche,  
und die Bauern lauschten, nachdem sie die Predigt des Geist-

lichen angehört, nunmehr den Worten des Sozialisten. Die  
Resultate dieser Propaganda waren äußerst befriedigend. In  
sämtlichen Dörfern der Umgegend Brüssels konnte am ver-  
gangenen 14. Oktober das Vorhandensein sozialistischer Elemente  
festgestellt werden, und in den ländlichen Bezirken, welche an  
die Industrieregion grenzen, haben in vielen Gemeinden die  
Sozialisten die Mehrheit der Stimmen erhalten. Während eine  
Anzahl Propagandisten das platte Land bearbeiteten, betrieben  
andere eine fieberhafte Agitation unter den Industrie-Arbeitern.  
In manchen Arrondissementen wurden an ein und demselben Tage  
über fünfzig Verlesungen abgehalten und fast allerwärts waren  
diese von der Mehrzahl der neuen Wähler besucht.

Eine wahre Panik hatte sich der konservativen Bourgeoisie  
bemächtigt, und am nächsten Sonntag stimmten im zweiten Wahl-  
gange eine sehr große Zahl liberaler Wähler für die Kandidaten  
der Regierung. Die in die Stichwahl kommenden sozialisti-  
schen Kandidaten in Berviers, Lüttich, Soignies und Charleroi  
trugen indessen, dank dem beim ersten Wahlgange gewonnenen  
Vorprung, den Sieg über jene davon. Dagegen erlitt die  
liberale Partei herbe Verluste, und alle ihre Führer unterlagen  
ohne Ausnahme. In Brüssel, wo die Sozialisten bei der ersten  
Wahl 40.000 Stimmen erhielten, die Liberalen 64.000 und die  
Katholiken 93.000, wurden sämtliche liberale Kandidaten mit  
einer Mehrheit von 10.000 Stimmen gewählt.

Es stehen somit die katholischen Gouvernementsalen einer  
fast ausschließlich sozialistischen Opposition gegenüber, die über  
dreißig (von 150) mit 350.000 Stimmen (von 1.800.000  
abgegebenen) gewählte Abgeordnete zählt. Zwischen diesen  
beiden Fraktionen existirt kaum ein Bindeglied. Die  
paar Radikale, welche dem Schiffbruch entronnen, werden notig-  
gebrungen den Sozialisten Gefolgschaft leisten müssen, und diese  
Opposition wird zuweilen durch die von den Katholiken gewählten  
Arbeiterdeputirten verstärkt werden.

Unter diesen Umständen läßt sich unschwer voraussagen, daß  
in der nächsten Kammeression vor allem die sozialen Fragen an  
der Tagesordnung sein werden, und wird sich die Regierung,  
um dem Fortschreiten der sozialistischen Partei Einhalt zu thun,  
wohl zweifellos bequem, dieser einen Theil ihres Programms  
zu entziehen. Denn freilich der Staatssozialismus war das Impf-  
gift wider den Sozialismus.

Das englische Oberhaus könnte sich noch eines  
langen Lebens erfreuen, wenn es nur auf Lord  
Rosebery und seine näheren Freunde anläme. Der  
englische Premierminister hat gestern in Bradford eine  
Rede gehalten, in der er hervorhob, die Regierung sei ganz  
mit einer zweiten Kammer einverstanden, aber das gegen-  
wärtige Haus der Lords, das hauptsächlich aus Tories be-  
stehe, bilde eine nationale Gefahr, ja sogar eine Heraus-  
forderung zur Revolution. Die Regierung werde daher  
das Unterhaus in der nächsten Session auffordern, auf dem  
Wege einer Resolution die Privilegien des Unterhauses  
gegenüber dem unverantwortlichen Oberhause zu betonen,  
indem es erklärt, daß das Unterhaus in der Gemeinschaft  
der beiden Kammern den Vorrang haben müsse. Diese  
Resolution würde die vereinigte Forderung der Regierung  
und des Unterhauses nach einer Verfassungsrevision dar-  
stellen. Sollte das Haus der Lords dieses Vorgehen igno-  
riren, so würde die Regierung an das Volk appelliren, da  
solche Fragen auch in anderen Ländern ad referendum ge-  
stellt würden.

Thatsächlich kommt dieser Plan auf eine Lebensfristung  
des Oberhauses hinaus. Erst der Sozialismus wird dieses  
verrottete Institut abschaffen. —

Eine Alterspensionsliga für Großbritannien  
wurde am 24. Oktober in Birmingham gegründet. Der  
Zweck der Liga soll sein, alle die zahlreichen mildthätigen  
Stiftungen, die gegenwärtig durch mißbräuchliche Gefes-  
auslegung ihrem Zweck fast völlig entfremdet sind, in einer  
Hand zu vereinigen. Alles, was dazu gehört, Zehnten,  
Armenegeld, Stiftungen und anderes Nationaleigenthum  
soll auch wirklich nur zum Besten der Alten und Gebrech-  
lichen verwandt werden. Der Präsident des neuen Vereins  
ist zugleich der Präsident der liberalen Föderation, Sir  
James Kitson. Er führte in seiner einleitenden Rede  
folgendes aus:

Die Gründer des Bundes wollten nicht irgend einer bestehenden  
Altersversicherung oder einem bestehenden Sparverein zu nahe  
treten. Wenn man aber sich zu Gemüthe führe, daß nach dem  
Staatsfiskal Charles Booth 9 pCt. der Gesamtbevölkerung Londons  
im Arbeitsalter sterben und ferner erstarbe, daß 39 pCt. der be-  
jahrten Armen Birmingham's ohne Hilfe seien, so müsse man  
sagen, daß es an der Zeit sei, sich mit dieser Angelegenheit zu  
beschäftigen. Die Gründer der Liga haben die Ueberzeugung,  
daß jeder, wenn ihm die Kraft verläge, sich durch Arbeit seinen  
Lebensunterhalt zu verdienen, eine Pension von 5 Sch. die Woche  
erhalten sollte. Fraule und Verbrecher sollten in eine eigene Kategorie  
kommen. Nach sorgfältigen Berechnungen genüge in dieser Be-  
ziehung für England und Wales eine Summe von 9.000.000 Pfd.  
Sterling, und für das gesammte vereinigte Königreich, Schottland und  
Irland eingeschlossen, eine solche von 17.000.000 Pfd. Sterl. Die  
Liga habe einen Plan, wonach die theilweise recht unnützen und  
unwürdigen Stiftungen zu vernünftiger Anwendung kommen  
würden.

Graham von Burton-on-Trent sagte, er sei Präsi-  
dent eines gegenseitigen Unterstützungsvereins gewesen und  
zur Zeit Mitglied von vierem. Für das Alter sorgen sie  
in ausreichender Weise. Die großen englischen Unter-  
stützungsvereine versprächen wohl Alterspensionen, dieselben  
seien aber ein todter Buchstabe, weil die allermeisten außer  
Beiträgen für Krankheit und Begräbniß nichts zu zahlen  
im Stande seien. Unter den englischen Paupers befänden  
sich Tausende, welche Jahrzehnte einem Unterstützungsverein  
angehört hätten. Unter den Rednern befand sich auch der  
Parlamentsabgeordnete Broadhurst. Daß auch dieser Jahr-  
hunderte alte Mißbrauch der Unterschlagung der den Be-  
dürftigen gehörigen Stiftungen jetzt abgestellt wird, ist  
gleichfalls nur dem Anschwellen der sozialistischen Bewegung  
zu danken. —

**Für Crispi's Schurkenreich tritt heute die**  
„Nordd. Allg. Ztg.“ ein. Das Blatt schreibt:

Diesem zum Partito dei Lavoratori zählenden Vereine ist  
die Staatsgewalt von dem Tage an, da das Gesetz ihr die  
Macht dazu in die Hände gab, mit aller Energie entgegen-  
getreten.

Das Blatt magt nicht zu behaupten, daß Crispi ein  
Recht zu seinem Vorgehen hatte. Er hat eben die Macht  
des Anarchistengesetzes auf die Sozialdemokraten angewandt.  
Die offizielle Zeitung sieht darin einen Vortheil der An-  
archistengesetze, wir sehen darin einen weiteren Fehler der-  
selben. —

**Ein Antrag zur Erweiterung des Strafrechtes**  
behufs Verhinderung von Wahlbeeinflussung  
beschäftigte gestern den dänischen Folkething. Der betreffende  
Antrag lautete:

Wer durch Gewalt oder durch Androhung von Gewalt die  
Wahlfreiheit antastet oder jemand an der Ausübung seines  
Wahlrechtes zu hindern sucht oder ihn zu zwingen, es in einer  
bestimmten Weise auszuüben, wird mit Strafarbeit oder Ge-

fängniß bestraft. Der letzteren Strafe verfällt auch derjenige,  
welcher bei der Bornahme der verfassungsmäßigen Wahlen sich  
einer vorfälligen Fälschung oder wer durch Angebot persönlicher  
Beihilfe oder durch Drohungen, deren Durchführung persönlichen  
Verlust herbeiführen könnte, jemand dazu zu veranlassen sucht,  
in anderer Weise zu stimmen.

Der Justizminister hielt den bisherigen Gesetzeszustand  
für genügend, obwohl nur im letzten Frühjahr der Fall  
des Försters Kann, der seine Arbeiter mit Entlassung be-  
droht hatte, wenn sie „links“ wählten, und trotzdem frag-  
geprochen wurde, das Gegenteil bewies. Der Antrag  
wurde einer Kommission von 11 Mitgliedern überwiesen. —

**Aus Spanien** liegen folgende Meldungen vor. Wolff's  
Bureau erfährt aus Madrid:

Der Ministerrath berieth gestern über das den Cortes zu  
unterbreitende Regierungsprogramm; heute findet wiederum eine  
Sitzung statt; man glaubt, daß bis zu dieser Sitzung keine  
definitiven Beschlüsse bezüglich der Kirche gefaßt werden.

Nach Herold's Bureau ist es entgegen allen Erwartungen  
Sagasta heute gelungen, die Krisis zu verhinbern und die  
gegenwärtige Lage des Ministeriums zu befestigen, sowie das  
parlamentarische Programm zu redigiren, welches von allen  
Gruppen der Mehrheit unterstützt wird. —

**In Serbien** hat Crstitch das neue Kabinet gebildet,  
das nach dem offiziellen Draht als unparteiisches bezeichnet  
wird. Thatsächlich ist der jetzige Ministerpräsident der  
brutalste Gewaltpolitiker des Landes. Dem abtretenden  
Kabinete wollte der König alle Forderungen bewilligen,  
blos an einem Punkte scheiterten die Verhandlungen, an  
der Bedingung, daß Milan sich jedes Einflusses auf die  
Politik des Landes zu enthalten habe. Dies wollte der  
König unter keinen Umständen zugestehen. —

**Serbische Zustände.** Der gefangene Räuber Zlitch-  
Bastovan sagte, wie der „Wostschen Zeitung“ gemeldet  
wird, vor dem Bezirksgerichte in Kragujevac aus, daß  
er von dem in der Hochverrathssache des Tschebina ver-  
hafteten Sima Gjalowitch, zur Zeit, als König Alexander  
das Land bereiste, ein Fläschchen mit Gift erhalten  
habe, um es dem damaligen radikalen Bezirkskommissar  
Milosch Mischkowitz zu übergeben. Dieser Mischkowitz  
habe ihm (dem Zlitch Bastovan) den Antrag gemacht, das  
Gift in die für den König vorbereiteten Speisen zu mengen.  
Dafür bot er 2000 Franks. Da man sich über den Lohn  
nicht einigte, fand das Verbrechen nicht statt. Infolge  
dieser Aussage wurden bei dem in Krangelovaz wohnenden  
Mischkowitz, wie bei dem gewesenen radikalen Abgeordneten  
Mladen Markowitch Hausdurchungen vorgenommen, aber  
nichts Belastendes gefunden. Dennoch wird die Unter-  
suchung in dieser Angelegenheit eingeleitet und ist Sima  
Gjalowitch von Belgrad zum Verhör nach Kragujevac  
übergeführt worden.

**Das bulgarische Parlament,** die Sobranje, wurde  
am Sonnabend mit der üblichen schürkrednerischen Thronrede  
eröffnet. Die Wahl des entschiedenen Russophilen Danew  
zum zweiten Vizepräsidenten beweist, daß Rußland mit  
seinen Erfolgen in Bulgarien nicht unzufrieden zu sein  
braucht. —

## Parteinachrichten.

**Von der Agitation.** Eine Demonstration der  
Offenbacher Arbeiterschaft für den Sozialismus be-  
deutete die Versammlung, welche am 24. Oktober dort abgehalten  
wurde und in der der Reichstags-Abgeordnete Genosse Bebel  
sprach. Mehr als 200 Personen hatten in dem Saal Platz  
gefunden und viele mußten, weil kein Platz mehr zu haben war,  
vor der Thür umkehren. Die vereinigten Arbeiter-Gesangsvereine  
sangen zur Einleitung das schöne Proletarierlied: „Der General-  
marsch“. Der Abg. Bebel wurde bei seinem Erscheinen auf der  
Rednertribüne mit drausendem Beifall begrüßt. In 1 1/2 stündiger  
Rede besprach Redner die Entwicklung der menschlichen Ge-  
sellschaft, dabei beweisend, daß die Sozialdemokratie ein  
Produkt dieser Entwicklung sei und somit durch keinerlei Ge-  
setze gegen den „Umsturz“ vernichtet werden könne. Daß  
was man jetzt wieder an Gesehen gegen den Umsturz beabsichtige,  
werde ebensowenig im Stande sein, den Sozialismus zu beseitigen,  
als dies den Bismarck'schen Gesehen möglich gewesen. Redner  
schloß seinen überaus interessanten Vortrag mit dem Hinweis  
auf der Geschichte angehörende Vorgänge, aus denen hervorgehe,  
daß stets die jeweils herrschenden Klassen die Schuld daran  
tragen, wenn eine Volkswegung in gewaltthätigen „Umsturz“  
ausläuft. Nachdem noch Genosse Ulrich einige Worte gesprochen,  
schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung mit einem  
Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. — Am Sonntag  
vor dem Parteitag hatte Gen. Bebel in Sieben ge-  
sprochen; hier lautete das Thema: „Die Sozialdemokratie und  
der Umsturz“, worüber Bebel in etwa 2 1/2 stündiger, glänzender  
Rede sprach. Auch hier war ein ungeheurer Andrang der Be-  
völkerung zu verzeichnen.

**In den Stadtverordneten-Wahlen in Westmünd:**  
nahm eine am 26. d. M. dort tagende Volksversammlung Stellung.  
Beschlissen wurde, sich an den Wahlen zu beteiligen, trotzdem  
dieselben nach dem Klassen-Wahlssystem vorgenommen werden;  
aufgestellt wurden vier Kandidaten, welche auf dem Boden der  
Sozialdemokratie stehen.

**Gegen den „Umsturz“** lassen bekanntlich die Dresden-  
er konservativen Herren, an deren Spitze Herr Mehnert steht,  
eine Petition zirkuliren. Dabei haben die Herren die Un-  
verantwortlichkeit, auch die Gemeindevorstände als Unterschriften-  
sammelnde in Bewegung zu setzen. Wie der „Oberlaus. Volksbote“ mit-  
theilt, hat der konservative Landesverein das Ansuchen auch  
an die Gemeindevorstände der Lausitz gestellt. Das genannte  
Blatt bemerkt dazu: Eine größere Unverantwortlichkeit kann man  
sich fast nicht denken, als es dieses Ansuchen der Dresdener kon-  
servativen Herren darstellt. Was würden dieselben wohl sagen,  
wenn die Freisinnigen oder Sozialdemokraten mit einem ähn-  
lichen Verlangen an die Gemeindevorstände herantraten würden?  
Die Gemeinden haben sich bei derartigen einseitigen politischen  
Kundgebungen unbedingt neutral zu verhalten. In verschiedenen  
Gemeinden ist man über dieses Geseh, wie wir hören, einfach  
zur Tagesordnung übergegangen und ist nur zu wünschen, daß  
es anderwärts ebenso gehalten wird. — Die „Leipziger Volks-  
zeitung“ ist außerdem noch in der Lage mitzutheilen, daß  
Paul Mehnert mit seinem Unterschriften-sammeln recht wenig  
Glück hat.

**Der schon mehrfach genannte Kampf gegen die Sozial-**  
demokraten, Herr Antsrichter Spindler in Langen-  
felde, hat abermals von sich reden gemacht. Einer der  
Väter, denen er das Erziehungsrecht ihrer Söhne abgesprochen  
hatte, war seinem Wunsch nachgekommen und meldete seinen  
Sohn aus dem Turnverein ab. Der Vorsitzende mußte hierüber  
eine Bescheinigung ausstellen und that dies nach der Frankfurter  
„Volksstimme“ mit folgenden Worten: „Turnverein N. 16. 9. 94.  
Ich, der Unterzeichnete, beglaubige hiermit dem Vater des Sohnes  
Georg R., daß er seinen Sohn am 2. September ds. J. in  
diesem Turnverein abgemeldet hat, auf das Verlangen



nämlich des Vormundschafts- und Grundbuchrichters gewisser Spindler. Der Vorsitzende Chr. F. — Einige Tage darauf wurde F. Morgens ganz früh, nämlich um 4 1/2 Uhr, in seiner Wohnung verhaftet und in das Gefängnis zu Langensfeld abgeführt. Er sollte eine Strafe von 3 Tagen Haft abbüßen, die ihm das Amtsgericht wegen der in jener Wohnung von dem „gewissen“ Spindler angelegten enthaltene „Angebot“ auf Grund des § 179 auferlegt hatte, und die sofort vollstreckt werden sollte. Der Verhaftete ließ sich aber „vorführen“ und gab eine Bescheinigung zu Protokoll, wurde hierauf in seine Zelle zurückgeführt, eine halbe Stunde später aber entlassen. Die Antwort des Oberlandesgerichts auf die Beschwerde ist jetzt eingetroffen. Danach ist der betr. Beschluß des königlichen Amtsgerichts als ungeschiedlich aufgehoben. Diese Abführung des Herrn Spindler ist recht bezeichnend für den Mann, der in Langensfeld Berechtigter über sein soll.

**Ueber die beginnende Wahlkampagne in Amerika**  
Schreibt unser New Yorker Korrespondent unterm 12. Oktober: Im hiesigen 5. Assembly-Distrikt, von dem ich schon als einem für uns sehr günstigen Meldung machte, ist Genosse Alexander Jones aufgestellt. Unsere Partei hat mit der Abhaltung von Massenversammlungen den Reigen in der Wahlkampagne eröffnet. Diefelben werden jetzt derart arrangiert, daß sie an je einem Abend in gewissen Abständen an derselben (die ganze Stadt der Länge nach durchschneidenden) Avenue stattfinden, so daß die Redner mittels der vorhandenen Fahrgelegenheiten schnell von einem Platz zum andern gelangen und so in jeder Versammlung mehrere derselben mitwirken können. Die erste Reihe solcher Versammlungen (acht an Zahl) fand auf der oberen Westseite statt, wo man es früher wegen des dort hausenden irischen Janagals gar nicht wagen konnte, Versammlungen abzuhalten. Diesmal verlief aber alles — von zeitweiligen Zwischenrufen seitens einzelner Exemplare jenes Elements abgesehen — ganz glatt, und an den meisten Stellen waren die Versammlungen sogar als „glänzender Erfolg“ zu bezeichnen.

Die hiesigen Kundenscheider scheinen durch die erlittene Niederlage angefordert worden zu sein, endlich einmal die alten „Konservativen“ Schranken an den Nagel zu hängen; in der letzten Versammlung ihrer Organisation wurde nämlich beschlossen, daß von jetzt an in den Versammlungen politische Diskussionen (bisher ausschließlich verpönt) stattfinden sollen. Mehr kann man einstweilen von ihnen nicht verlangen!

In der letzten Zeit haben die Konventionen der Schriftfeger, Maschinen-Holzarbeiter und Straßenbahnangestellten-Verbandes stattgefunden. Trozdem auf der Konvention erstgenannter Organisation deren Präsident Perkins mit „bewegten Worten“ ersuchte, keine politischen Meinungen in die Gewerkschaften zu tragen, da dies „kein gutes Ende nehmen könne“, wurde doch die Resolution der F. o. L. für unabhängige politische Aktion angenommen, aber, wie vorausgesehen, ohne den § 10. Die „Jünger der schwarzen Kunst“ hinken eben hier zu Lande in bezug auf fortschrittliche Entwicklung stets hinterher! — Auf den beiden anderen Konventionen fand die Resolution mit § 10 Annahme.

Derselbe Korrespondent macht uns über Hans Rost folgende Mitteilung: Das Neueste von Hans Rost ist, daß er „unter's Theater“ gegangen; er hat nämlich in Hauptmann's „Weber“ — aber erst, nachdem er das Stück in der ihm eigentümlichen Art und Weise „verbessert“ — bei einer von seiner „Gruppe“ arrangierten Aufführung desselben den alten Baumert „gepielt“.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Auch ein Auslöschungsgrund. In Kiel wurde eine Volksversammlung von Amtsvorsteher Grafen Reventlow kurz nach der Eröffnung aufgelöst, weil der Riegel anstatt an der Thür, in derselben angebracht und die eine Thür als Noththür gekennzeichnet sein mußte. — Aufgelöst wurde eine Tabakarbeiter-Versammlung, als man beschloß, in eine Pause von 15 Minuten einzutreten. — Und doch liegt Kiel, wie wir uns durch einen Blick auf die Landkarte versichern — nicht in Sachsen.

— Wegen Beleidigung des Direktors der Wandbieder Bank, Jüng, wurde der frühere Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse G. Heine, vom Schöffengericht in Hamburg zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Der Verein „Freie Volksbühne von Hamburg-Altona“ hatte auf Sonntag Nachmittag 11 1/2 Uhr die Aufführung von Gerhart Hauptmann's „Einsame Menschen“ angefangen. Wie immer sollte die Vorstellung im Vereins-Theater im Kaiserpalast zu Altona stattfinden. Rechtzeitig und zahlreich hatten sich die Mitglieder versammelt. Der Beginn der Vorstellung verzögerte sich, und schon wurde das Publikum etwas ungehalten darüber. Doch plötzlich verbreitete sich die Kunde durch den Saal: „Es sind Polizeibeamte erschienen, welche die Aufführung verboten haben!“ Verboten? Weshalb? Hofrath Pollini sollte sein Aufführungsrecht, das er für Hamburg-Altona erworben, geltend gemacht und die Altonaer Polizei aufgefordert haben, ihn in seinem Recht zu schützen. So schwirrte es durch den Saal, aber noch wußte man nichts Bestimmtes. Da schritt plötzlich der Altonaer Polizeikommissar Winkler, der übrigens nur mit einer Tuchmütze bedeckt war, durch den Saal nach der Bühne hin, zog ein Schriftstück aus der Tasche und verlas dasselbe: Auf Antrag des Hofrath's Pollini verbiete die Altonaer Polizeibehörde die Aufführung des Stückes „Einsame Menschen“. Unterzeichnet war das Schriftstück, dessen Herausgabe der Beamte dem Vorsitzenden des Vereins hartnäckig verweigerte, mit dem Namen des zweiten Bürgermeisters von Altona, Rosenhagen. Ein Mitglied des Vorstandes forderte die Mitglieder auf, ruhig nach Hause zu gehen. Langsam leerte sich der Saal. Auf der Straße bildeten sich selbstverständlich einige Gruppen, welche in aller Ruhe das unerhörte Ereignis besprachen. Der Kommissar schickte nach der nächst gelegenen Polizeiwache, um Polizeimannschaften herbeizuschicken, welche die Straße säubern sollten. Es kamen dann auch fünf Polizeibeamte, deren Aufforderung, auseinander zu gehen, das Publikum ruhig folgte. Unter den noch im Lokal anwesenden Mitgliedern verbreitete sich hierauf das Gerücht, es sei soeben ein Polizeibeote mit einem Schreiben eingetroffen, das die Erlaubnis, das Stück aufzuführen, enthalte. Nichtig präferierte auch ein Bote ein mit einem Amtssiegel versehenes Schreiben, das jedoch in erster Linie an den Direktor des Kaisertheaters gerichtet war und von diesem an den Vorstand des Vereins abgegeben werden sollte. Da der Direktor des Kaisertheaters jedoch im Lokal nicht anwesend war, wurde der Bote wieder zurückgeschickt, so daß wir den Inhalt des Schreibens nicht erfahren konnten. Die Vorstellung mußte unterbleiben. Ob und inwieweit der Herr Pollini, Künstler und Seifenverschleifer Baruch Pohl, ein Recht und die Polizei die Pflicht hat, so vorzugehen, wie geschehen, muß die eingelegte Beschwerde ergeben. Unseres Erachtens liegt hier eine unerhörte Anmaßung des Pollini und ein Irrthum der Polizeibehörde vor, denn das Aufführungsrecht hat auf Veranstaltung von geschlossenen Vereinen absolut keinen Bezug.

— Der Genosse Ziegeler in Schmöln hatte, weil er den Beginn einer Versammlung eine halbe Stunde früher annonciert als polizeilich angemeldet hatte, ein Strafmandat von 15 Mark erhalten, das in allen Instanzen bis zum Landgericht bestätigt wurde. Das Oberlandesgericht in Jena hob das Urtheil auf und übernahm die Kosten auf die Staatskasse, d. h. die Steuerzahler. In dem Königreich Sachsen ist bekanntlich im entgegengekehrten Sinne entschieden worden.

— Von der Verfassungskammer freigesprochen wurde der Genosse Schneider in Plauen, der vom Schöffengericht wegen „Diebstahls“ zu 2 Tagen Haft verurtheilt worden war. Der „Diebstahl“ sollte durch die Wegnahme einiger Wahlzettel begangen worden sein.

— Sächse, der Verbandsvorstand des Bergarbeiter-Ver-

bandes für Sachsen, der wegen des Abfassens eines Flugblattes zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt wurde, ist am 22. Oktober in die Zwickauer Strafanstalt eingeliefert und ist ihm auf sein Gesuch hin sofort Selbstbeschäftigung gewährt worden. Untermworfen hat sich Sächse dem Urtheil vom 15. Oktober; seine Strafe endet also am 14. Oktober 1895. Einer Frau und 7 unerzogenen Kindern ist durch den Spruch der Götting „Gerechtigkeit“ der Ernährer auf 12 Monate entzogen worden.

## Soziale Uebersicht.

**Zum Dreiklassen-Wahlsystem** wird der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ aus Wattencheid berichtet: Die Jede herrscht, dank dem samosen Dreiklassen-Wahlsystem! Bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen wählt nämlich für die 1. Abtheilung die Rechte Zentrum. Ihre Stimmen fallen 105 Mal so schwer ins Gewicht als die der Wähler der 2. Abtheilung, und gar 2112 Mal so schwer als die der Wähler der 3. Abtheilung.

**Arbeiterrißko.** Für eine Mark das Leben auf's Spiel gesetzt. Der Feizer einer Fabrik bei Rachen wurde des Abends gerufen, um die Achse des großen, von einem Arm des Mühlenschwabes getriebenen Mühlrades zu schmieren. Bei dieser Arbeit gerieth er zwischen das in Bewegung befindliche Rad und das Mauernetz und wurde gänzlich verflümmelt, so daß er nach wenigen Stunden starb. In der Vorahnung eines Unglücks hatte, wie die „Köln. Volks-Zeitung“ mittheilt, der Beklagene beim letzten Abschied von seiner Familie gesagt: „Daß ich doch da an dem Rad für eine (h) Mark mein Leben riskiren muß!“

Die „Magyar Ujsag“ meldet, ist die Pulvermühle in der Ortschaft Vihtra (Ungarn) in die Luft geflogen. Drei Arbeiter wurden getödtet und vierzehn verwundet. Die Pulvermühle enthielt angeblich 1000 Meterzentner Schießpulver.

**Das neue Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg,** von den Arbeitern selbst begründet, tritt am 1. November in Wirkksamkeit. Das Arbeitersekretariat ertheilt mündliche Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerbebehörde unterliegen; in Angelegenheiten der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung; über Arbeiterschutz, Vereins- und Verfallungsrecht, sowie über das Fabrikinspektoral. Das Sekretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände auf und veranlaßt deren zweckmäßigste Erledigung. So weit zur Erledigung dieser Aufgabe schriftliche Arbeiten erforderlich sind, werden auch diese vom Sekretariat angefertigt.

**Auf dem Gebiete des Submissionswesens** hat die Bürgermeisterei Worms eine kleine Verbesserung im Vorschlag gebracht. Die Unterhaltungsarbeiten sollen danach nicht mehr durch Angebotsverfahren vergeben werden, sondern wechseln unter den sich bewerbenden Handwerksmeistern nach bestimmter Reihenfolge. Sobald Arbeiten von einem gewissen Betrag geleistet sind, tritt ein Wechsel in dem Meister ein. Die Reihenfolge, nach welcher den Meistern die Arbeiten übertragen werden sollen, wird durch das Loos bestimmt. Meister, welche noch nicht zwei Jahre in Worms selbständig ein Geschäft betreiben, werden aber in der Reihenfolge untenangestellt und zwar nach Maßgabe der Zeit, in der sie am Platz ihr Geschäft selbständig betreiben. Die Preise für die den Handwerksmeistern der Reihenfolge nach übertragenen Unterhaltungsarbeiten werden durch ein unter Mitwirkung der betreffenden Handwerker festgesetztes Normal-Preisverzeichnis bestimmt. Im Uebrigen und insbesondere für alle Neuarbeiten bleibt es bei dem bisherigen Angebotsverfahren. Es soll jedoch der Grundsatz festgehalten werden, daß alle Arbeits- und Lieferungsangebote einer genauen Prüfung in der Richtung unterworfen werden, ob für das Angebot die Arbeiten mit ordnungsmäßigem Verdienst und gutem Material und musterhaft hergestellt werden können. Angebote, die dieser Anforderung nicht entsprechen, sollen unberücksichtigt bleiben.

**Die höchsten Gewinne einer Aktiengesellschaft** dürften die Fabriken der Aktiengesellschaft Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning zu Höchst abwerfen. Der Durchschnittslohn der Arbeiter in diesem ebenso ungesunden wie gefährlichen Betriebe beträgt nach Angabe der Fabrikleitung — 2,86 M. Als „Beförderungsprämie“ hat die Fabrik Jahresprämien eingeführt. Wie wenig Bedeutung diese haben und wie unbedeutend sie die Hungerlöhne beeinflussen, geht aus folgender von der Fabrik herührenden Nachweisung der Löhne hervor. Es wurde nämlich gezahlt an 4 Arbeiter über 100 M., an 72: 51—100, an 290: 26—50 M. und an 304: 10—25 M.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Metallarbeiter!** Die gesammten Metallarbeiter (außer einem) der Firma Ludart, Ritterstraße, haben wegen Differenzen mit ihrem Arbeitgeber heute die Arbeit niedergelegt.

Zugung ist streng fernzuhalten.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

**Achtung! Metall- und Holzarbeiter!** Die Arbeiter der Güstrower Waggonfabrik befinden sich seit dem 16. August im Ausstände. An demselben sind 130 Mann betheiligt, davon gut Zweidrittel Verheirathete mit 109 Kindern. Werde kein Metall- oder Holzarbeiter zum Streikbrecher und falle den für ihr gutes Recht kämpfenden Kollegen in den Rücken; unterstütze jeder zielbewusste Arbeiter nach Kräften die Ausständigen, nur dann ist der Sieg sicher. Briefe und sonstige Sendungen sind an G. Graepentin, Güstrow, Bahnhof „Stadt Schwerin“, zu richten.

Neuerdings richten die streulenden Güstrower Arbeiter ein Flugblatt an die Güstrower Einwohnerschaft, in welchem sie sich entschieden gegen die mannigfachen Verdächtigungen verwahren, denen sie seitens der Zeitung der Mecklenburgischen Waggonfabrik ausgesetzt sind.

**Schon wieder eine Lokalisierung in einem staatlichen Musterbetriebe in Aussicht?** Die „Züringer Tribune“ ertheilt folgende Zuschrift: Den Arbeitern der Erfurter königlichen Eisenbahn-Hauptwerkstatt steht eine abermalige Verminderung ihres so schon gering bemessenen Verdienstes bevor. Verschiedene Werkmeister, sowie Werkführer sollen sich gegen die Schwämmerung des Verdienstes ausgesprochen haben, leider vergebens. Der Arbeiterausschuß hat ebenfalls in seinen früheren Sitzungen schon auf den unzureichenden Verdienst hingewiesen, der die Arbeiter zwingt, um leben zu können, Schulden zu machen, ohne daß dieselben gedeckt werden können. Für die sparwichtigen Herren, welche die Lohnreduzierung angeordnet, wäre es wünschenswert, wenn dieselben einmal mit dem Verdienste des Arbeiters auszukommen hätten, sie würden sicher zu einer anderen Ueberzeugung kommen. — Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden nicht verfehlen, diese Spar-Praktiken im Reichstage zur Sprache zu bringen.

**Eine Tapezierer-Versammlung,** welche vergangene Woche in Königsberg i. Pr. stattfand, beschloß, an genanntem Ort eine Filiale des Tapeziererverbandes zu gründen; eine nicht unbedeutliche Zahl ließ sich sofort in den Verein aufnehmen.

**Vom Burger Schuhmacher-Streik.** In einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung in Magdeburg wurde eine Resolution angenommen, welche sich mißbilligend ausspricht über das Verhalten zweier Arbeiterblätter, des Chemnitzer und des Braunschweiger Partei-Organs, weil dieselben Empfehlung-

informaten der bogkottierten Schuhwaaren-Fabrik Tack u. Co. in Burg im Inzeratentheil Aufnahme gestattet hatten.

**Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter** hat sich nun definitiv konstituiert. Am Sonntag, den 28. Oktober, fand in Essen der zweite christliche Bergarbeiter-Kongreß statt; besucht war derselbe von etwa 500 Delegirten christlicher Bergarbeiter-Vereine. Außerdem waren anwesend Beamte der Bergbehörden, evangelische Pastoren und katholische Kaplanen. Das Statut, das wir zum Theil schon in unserer Nummer vom Sonntag, den 21. Oktober veröffentlicht haben, wurde in seinen wesentlichen Punkten dem Entwurf gemäß angenommen. Einen näheren Bericht über die Verhandlungen lassen wir morgen folgen.

**Das österreichische Lebensmittel-Komitee** beruft einen Verbandstag der Lebensmittelbranche auf den 25. und 26. Dezember d. J. nach Wien ein.

## Verfammlungen.

**Die Maurer (Lokalorganisirten)** waren am 28. Oktober zahlreich in den Kaminhallen versammelt, um in erster Linie nochmals Stellung zur Wahl von Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission zu nehmen. Eine Vertretung in der Gewerkschafts-Kommission ist bereits wiederholt abgelehnt worden. Ueber das Wünschenswerthe einer Vertretung der Berliner Maurer in der Gewerkschafts-Kommission herrschte in der Versammlung getheilte Meinung und traten die gegenständiglichen Ansichten in der gepflogenen Erörterung der zur Tagesordnung stehenden Frage offen zu Tage. Das schließliche Resultat der Abstimmung war die Annahme des Antrages, Delegirte in die Gewerkschafts-Kommission zu entsenden. Dietrich war demgegenüber der Meinung, daß die Maurergewerkschaft sich durch Beschlässe der Gewerkschafts-Kommission in ihrer Bewegungsfreiheit nicht behindern lasse. Legeler betonte seinerseits, daß die Maurer lokaler Richtung nicht allein und selbständig arbeiten könnten, daß sie vielmehr gehalten seien, mehr Fühlung mit den anderen Gewerkschaften zu nehmen. Jezork sprach seine Ansicht dahin aus, daß die Gewerkschafts-Kommission allmählig in das Fahrwasser des Verbandes gelangen werde. Ueber ihre eigenen Geschäfte habe jede Gewerkschaft selbständig zu entscheiden, nicht aber die Gewerkschafts-Kommission. Seine Meinung ging dahin: für diese Parlamentaristerei, die in Korruption ausarten, keinen Mann und keinen Pfennig! Die weitere Debatte über den Werth und Unwerth der Gewerkschafts-Kommission wurde durch einen angenommenen Schlußantrag kurzer Hand abgebrochen und schritt die Versammlung nunmehr zur Wahl von Delegirten für die Gewerkschafts-Kommission und fiel die Wahl auf Blaurock und Legeler. Dietrich wünschte nachdem, daß die Versammlung den Delegirten Verhaltensmaßregeln geben möge. Wie schon vorher wünschte er, daß die Delegirten wohl die Interessen der Berliner Maurer zu vertreten, sich aber keinen Beschlässen zu unterwerfen hätten, die die Gewerkschaft zu bevormunden geeignet seien. Legeler erklärte daraufhin, daß er sein Mandat sofort wieder niederlegen würde, sobald die Versammlung beschließen würde, die Delegirten mit einem gebundenen Mandate in die Gewerkschafts-Kommission zu entsenden. Die Versammlung lehnte eine derartige Beschlußfassung ab. Der nächste Punkt der Tagesordnung lautete: „Unsere Stellung zur Presse.“ Die äußerst erregte Debatte artet hier in eine lange persönliche Polemik aus, in der von mehreren Rednern das „Annonciren und die Befanntgabe der Versammlungsberichte im „Sozialist“ lebhaft befürwortet wurde. Dabei wendeten die Redner sich gleichzeitig gegen den „Wahandwerker“ und „Vorwärts“, dem sie Vernachlässigung ihrer Interessen vorwarfen. Unter anderem stellte Jezork die Gründung einer dritten Organisation der „revolutionären Maurer“ in Aussicht. Von anderer Seite wurde dieser Auffassung widersprochen und endete die Diskussion vorläufig resultatlos. Zum Schluß wird sodann das Versammlungsbureau beauftragt, zwecks Fortsetzung der Debatte am nächsten Sonntag eine öffentliche Maurerverammlung einzuberufen. Zur Revision des Hauptbuches unter Hinzuziehung der vorjährigen und diesjährigen Revisoren wurden gewählt unter Berücksichtigung beider Richtungen: Dietrich, Witte, Kater und Wegner. Beauftragt wurde von Blaurock noch, den lokalorganisirten Typen für den Fensterstreik 400 M. aus dem Generalfonds zu bewilligen. Die Versammlung beschloß dem Antrage gemäß.

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Oberhausen, 29. Oktober.** Gestern Abend wurde der Versuch gemacht, das Kasino der „Gutehoffnungshütte“ mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Der Schaden ist gering; derselbe beschränkt sich auf das Gebäude und Inventar.

**Posen, 29. Oktober.** Wie dem „Posener Tageblatt“ aus Breschen gemeldet wird, hat der Regierungspräsident, da die Cholera im russischen Gouvernement Kalisch als erloschen anzusehen ist, die seiner Zeit angeordnete Schließung der Grenze, sowie das Verbot des Besuchs der Wochenmärkte seitens der russischen Händler aufgehoben. Auch der Zugang russischer landwirtschaftlicher Arbeiter ist wieder gestattet worden.

**Paris, 29. Oktober.** Die Deputirtenkammer verhandelte heute eine von der Kommission, welche mit Prüfung der Rechnungen von 1889 bis 1892 beauftragt ist, vorgelegte Resolution. Die Kommission beantragte, das Altkleid, welches die von dem ehemaligen Kabinetschef des Handelsministers Favette gemachten übertriebenen Ausgaben betrifft, zu erneuter Prüfung an die Regierung zurückzuweisen. Während Jules Roche die fraglichen Ausgaben zu verteidigen suchte, griff der Berichterstatter Favette heftig an. Die Minister nahmen die Zurückverweisung an, erklärten aber, sie glaubten nicht, daß es sich um ein Vergehen handele. Jaurès fand den Zurückverweisungsvorschlag nicht präzis genug und befürwortete unter großer Unruhe folgenden Antrag: Die Kammer ist entschlossen, ordnungsmäßige und ehrliche Verwendung der von ihr bewilligten Gelder zu sichern und weist das Altkleid an die Regierung zurück. Justizminister Guérin erklärte, diesen Antrag anzunehmen. Der Antrag wurde darauf mit 516 gegen 1 Stimme genehmigt.

**New-York, 29. Oktober.** Dem „New-York Herald“ wird aus Buenos-Ayres telegraphisch, in La Rioja seien über 1000 Menschen durch ein Erdbeben umgekommen, viele Tausende seien obdachlos.

(Depeschen-Bureau Herold.)

**Wien, 29. Oktober.** Gegen zwei Omladisten, sowie gegen den Mörder Mrow's, den Schloffergehilfen Dolzal, welche sämtlich zur Zeit in der Strafanstalt Pankraz internirt sind, ist die gerichtliche Untersuchung wegen eines im September 1891 verübten Attentates auf den Bahnkörper vor Eintreffen des Kaiserzuges in Rosenthal bei Reichenberg eingeleitet worden.

**Wien, 29. Oktober.** Der bekannte Schauspieler Wilhelm Knaack ist gestorben.

**Triest, 29. Oktober.** In Rovigno fanden Demonstrationen der Frauen statt, welche die zweisprachigen Tafeln beseitigen wollten. Die Frage der administrativen Vereinigung Istriens mit Triest ist infolge der letzten aufrührerischen Vorgänge zu einer aktuellen geworden.

**Petersburg, 29. Oktober.** Bei der Einweihung der neuerrichteten Kirche in Otrrowskaja (im donischen Kosadengebiet) entstand infolge der Explosion einer Lampe eine fürchterliche Katastrophe. Die Kleider einer Frau gerieten in Brand; in entsetzlicher Panik drängte die dichte Menschenmenge dem Ausgange zu, wobei sich das Feuer immer weiter ausbreitete. Acht Personen verbrannten am Kirchenthor; 27 wurden fürchterlich verletzt. Bei dem Transport starben 18 der Verwundeten.



## Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboikotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte auf's Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Ansperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Straße bleiben. An der barbarischen Doppelbestimmung des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreißig Existenzen.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

### schloßer Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

## Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nötig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch weiterhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Eurem Opfermuth appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thätkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handstich ausgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

## Die Boykott-Kommission.

### Boikottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlöberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Wilschdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Muggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Inh. Max Demhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liefenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D. Niederlage Greißwalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, E. Radon, Lichtenfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wasserhausen.
- Brauerei Tivoli, Straußberg, Niederlage Stabernack, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Belleramstr. 71a/72.
- Brauerei Danz, Freiwald a. D. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spietermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin, Niederlage Marten, Belleramstr. 6.

### Lokales.

Die juristische Sprechstunde wird fortan wieder von 12 bis 1 Uhr abgehalten.

Zur Lokalliste. Mangni, Reichenbergerstr. 47, ist aus Versehen aus der Liste fortgelassen worden und führt nur boikottfreies Bier, desgleichen Dettke, Stalicherstr. 117. In Weihensee schänken folgende Wirthe Ringbier: Schulz, Gustav Wollstraße 148; Winkler, Lotzbringerstr. 28. Ringfreies Bier führen: Wittme Busch, Langhansstr. 187; Wittme Terne, Langhansstr. 11, und Apel, Wörtherstr. 4. Beckmann, Blumenstr. 51 b, verweigert die Kontrolle und ist daher von der Liste zu streichen. In Rixdorf ist Wellroth, Krammnerstr. 8, und Kunert, Wörtherstr. 11, von der Liste gestrichen worden.

Wirkt der Boykott? Die Dividende für dieses Jahr bildeten das Thema der Aufsichtsraths-Sitzungen, die vor einigen Tagen in verschiedenen Brauereien abgehalten wurden. Soweit boikottirte Brauereien in Frage gekommen sind, mögen die Erörterungen überall bedenklige Bellemmung hervorgerufen haben. Der Aufsichtsrath der Spandauer Bergbrauerei hat beschlossen, der auf den 26. November einuberufenen Generalversammlung die Vertheilung von 5 pCt. Dividende in Vorschlag zu bringen. Im vorigen Jahre gab es 7 Prozent; das bedeutet also bei dem Aktienkapital von 3 Millionen Mark 60 000 M. Ausfall. Recht wirksam zeigte sich auch der Boykott an der Brauerei Friedrichshöhe, vormals Pagenhofer. Statt 16 pCt. im Vorjahre soll es in diesem Jahre nur 13 pCt. geben. Die Berliner Unions-Brauerei will für dieses Jahr 4 pCt. in Vorschlag bringen; voriges Jahr gab es 5 pCt. Sehr übel ist die Aktienbrauerei Moabit daran, welche pro 1894 überhaupt nicht im Stande ist, eine Dividende zu vertheilen. Im vorigen Jahre gab es wenigstens 2 pCt. für die Vorzugsaktien. Es ergibt sich also, daß die Arbeiterschaft mit der Wirkung ihrer Macht schon zufrieden sein kann, sie hat die Kapitalisten dort getroffen, wo sie einzig empfindlich sind, am Geldbeutel. Und da die Herren Ringbrauer bisher noch nicht gefonnen waren, daß Unrecht, das sie durch die Maßregelung hunderter schuldloser Brauerei-Arbeiter begangen haben, in einer die Arbeiter einigermaßen zufriedensstellenden Weise wieder gut zu machen, so werden sie durch den Boykott auch ferner darüber belehrt werden müssen, daß es sich bitter rächt, wenn man der sozialdemokratischen Arbeiterschaft muthwillig den Fehdehandschuh ins Gesicht wirft!

Ein todgeborenes Kind. Merkwürdig still verhalten sich die Ringorgane zu dem neuesten Produkt Jakob'schen Schöpfergeistes, das doch bestimmt ist, dem Umsturz in erster Linie den

Boden zu entziehen: der Saalbesitzervereinigung. „Saalperlinge“ titulirt sie jetzt schon ein Wippen-Stettenheim und der Einzige, der die Miniatur-Staatsreiter vom heiligen Gumbirinus noch ernsthaft behandelt, ist der unvermeidliche Eugen, und das will in keinem Fall viel bedeuten. Die klingende Anerkennung des gerechten Strebens wird versagt; das ist das entscheidende Moment. Ueromisch nimmt es sich aus, wenn das „Gasthaus“, um den miserablen Besuch der konstituierenden Versammlung zu verdeden, darüber frohlockt, daß die öffentliche Versammlung der Gastwirthe am Freitag nicht abgehalten werden konnte. Dabei waren hier noch mehr Personen verammelt, als im großen Saale des Herrn Jockl, wo das „gediegene Volkwerk“ gegen den Umsturz“ begründet wurde. Es läßt tief blicken, daß diese hochbedeutende Versammlung mit ganzen 34 Zeilen abgethan wird. Man fühlt das Fräule doch nicht so sehr, daß die Sprache versagt! Woju die Resignation? Schämt sich das amtliche Organ der Herren Saalbesitzer vielleicht, die scharfen Worte wiederzugeben, welche man der Kommission zuschleuderte und auf die diese in sachlicher Beziehung fast nichts zu erwidern wußte als das Klägliche: Wir können nicht mehr zurück? Willigt das „Gasthaus“ die schon mehr als gewöhnliche Ausdrucksweise eines Feuerstein und Jakob, welche die Mitglieder der Boykott-Kommission hinstellten als Leute jedes Ehr- und Anstandsgefühls bar? Man schweigt sich zu all diesem aus; man merkt, daß das Spiel verloren ist. Den allzu ledern Saalinhabern, welche sich vermaßen, eine ganze große Partei nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, thut eine gründliche Niederlage ebenso noth, wie den Magnaten der Broupanne. Es ist nicht mehr wie recht, daß die beiden Gruppen so brüderlich vereint in der Klemme sitzen.

„Reichs-Anzeiger“ kontra „Vorwärts“. Eine saure Aufgabe ist dem „Deutschen Reichs-“ und „Königlich Preussischen Staatsanzeiger“ wieder zugefallen. Gestern hatte er folgende Rettung der königlichen Fabriken in Spandau zu vollbringen:

Der „Vorwärts“ läßt es sich dauernd angelegen sein, unter den Arbeitern der königlichen Fabriken in Spandau Mißvergnügen und Unzufriedenheit zu erregen. Wir haben bereits unter dem 28. v. M. darauf hingewiesen, mit welchen Mitteln diese systematisch betriebene Verberbung arbeitet. Damals handelte es sich darum, daß auf grund gestohlenen Materials der „Vorwärts“ in doppeldeutigen Ausführungen völlig grundlose Verdächtigungen über die Grundsätze ausgebreitet hatte, nach welchen bei gebotener Einschränkung des Betriebes Arbeiterentlassungen stattfinden sollten. Es konnte demgegenüber festgestellt werden, in wie hohem Maße auch in dieser Hinsicht Fürsorge für die Arbeiter getroffen war. Der „Vorwärts“ hat von dieser Feststellung natürlich seinen Lesern nichts mitgetheilt; dagegen hat er in seiner Nummer 221 wiederum eine hämische Verunglimpfung der Bestrebungen der Direktion des Feuerwerks-Laboratoriums gebracht, ihre Arbeiter zum Sparen anzuregen und ihnen bei der Zurücklegung eines Nothgroßens durch Beschaffung und Aufbewahrung der Sparsachenbücher z. behüllich zu sein. Es erscheint nützlich, die nachfolgenden Sätze des betreffenden Artikels hier niedriger zu hängen: „Was will man mehr? Hätte der malitiosste Reichsfeind dem vor so wenigen Jahren stolz und prunkvoll zum Kampfe ausgerittenen Schlachtopfer der königlich preussischen Sozialreform eine obere Haltestation wünschen können, als an der, das Patent Eugen Richter tragenden Spartruppe des Herrn Oberlieutenant Bahn? Ach, wie geht alles so herrlich in Erfüllung! Wie siegesgewiß dürfen die Männer der Ordnung dem Ausgang des Kampfes gegen die eigenthums- und ordnungsfeindliche Sozialdemokratie entgegensehen, nachdem im königlichen Feuerwerks-Laboratorium zu Spandau der beglückte Sieger in dem vom Herrn Direktor arrangirten Wettsparen in sieben Monaten baare 290 M. an die Kante gebracht hat.“ „Für diejenigen“, so fährt der „Reichs-Anzeiger“ fort, „die sich zu den Männern der Ordnung rechnen, wollen wir hier hinzufügen, daß sich 880 Arbeiter, ohne daß ein Zwang ausgeübt wurde, an dem Sparen betheilig und im Verlauf von 4 Monaten fast 13000 M. zurückgelegt haben. Hieraus dürfte zweierlei hervorgehen: einmal daß die Löhne in den königlichen Fabriken — die königlich preussischen Musteranstalten“ nennt sie der „Vorwärts“ mit Vorliebe — doch auskömmlich sein müssen, und ferner, daß trotz allen Hagens und Schürens der Sozialdemokratie bei diesen Arbeitern der Liebe Müß umsonst war.“

So der „Reichs-Anzeiger“, den wir uns nun einmal im Detail vornehmen wollen.

Das offizielle Blatt ist für's erste schon mit seiner Einleitung im Irrthum. Der „Vorwärts“ läßt sich keineswegs in dem ihm wahrscheinlich vom „Reichs-Anzeiger“ unterstellten Sinne angelegen sein, auf's Gerathewohl darauf los zu gehen, er befindet sich vielmehr gerade in betreff der Spandauer Musterwerkstätten insofern in fast gleicher Lage mit seinem offiziellen Kollegen, als er all und jede Rüge erst auf Veranlassung der Beteiligten, also hier der Arbeiter in den

Spandauer Betrieben veröffentlicht. Woher sollten wir auch das vielseitige und schlagende Material über die Mißstände in diesen königlichen Musteranstalten haben, wenn nicht die Arbeiter selber dafür sorgten, daß es für eine offene und rückwärtslose Kritik uns stets bei Bedarf zur Hand sei? Dies ist eine Thatsache, mit der man sich nun einmal an offizieller Stelle abfinden muß: Den königlichen Beamten der „Reichs-Anzeiger“, den „Königlichen“ Arbeitern der „Vorwärts“, als einziges Organ, das ihre Interessen offen und ungeheut vertritt! Ingleichen ist es, um mit dem Reichs-Anzeiger zu reden, eine völlig grundlose Verdächtigung, wenn er oder seine Auftraggeber die Behauptung aufstellen, daß der „Vorwärts“ von dem ihm vorher natürlich unbelannt gewesenen „Feststellungen“ vom 28. September keine Notiz genommen habe. Ist es ihm etwa unbekannt geblieben, daß wir am nächsten Tage, auf seine Argumente eingehend, geschrieben haben:

„Der Reichs-Anzeiger“ ist offenerzig genug, den Grund für die Zurücknahme der Entlassungsmaßregel anzugeben. Es hatte keine unpassende Sentimentalität die kühlen Kalkulationen gestört, sondern es waren einfach inzwischen größere Bestellungen eingelaufen. Wir wissen wirklich nicht, was der „Reichs-Anzeiger“ mit solcher Mittheilung von unsern Anschauungen widerlegen will. Der Umstand, daß man bei dem unvorhergesehenen Eingang größerer Aufträge die eingeschuldeten im Betriebe befindlichen Arbeiter vorläufig noch behält, — was bestätigt er anders, als die von uns und in der Entlassungsliste ausgesprochene Ansicht, daß die Rücksicht auf den Profit das Maßgebende im Staatsbetriebe ist? Auch wüßten wir nicht, was die Bedeutung, daß die auf die Entlassungsliste gesetzten Arbeiter in einer Privat-Waffenfabrik hätten Unterkunft finden können, für die Zustände im Staatsbetriebe eigentlich besagen soll.“

Wir denken, daß diese Zeilen in Spandau gefessen haben, andernfalls hätte man doch wohl einige Worte zu weiterer Entgegnung gefunden. Aber weiter. Diesmal erregt es an zuständiger Stelle Schmerzen, daß der „Vorwärts“ in der Lage war, die vielberufenen Sparsachen des Herrn Oberlieutenant Bahn, mit entsprechendem Glossarium versehen, zu veröffentlichen. Ein wenig spät kommen diese Schmerzen zum Ausdruck. Im allgemeinen wartet man auch in deutschen Zeitungen keine fünf Wochen mit der Entgegnung, wenn man seiner Sache sicher ist; doch immerhin möge diese Fatalität dem unangenehmen bürokratischen Instanzennetz zu Gute gehalten werden, der auch den „Reichs-Anzeiger“ und dessen Mitarbeiter an der freien Entfaltung ihrer immerhin als vorhanden angenommenen Flügel hindert.

Aber den Haupttrumpf spart der „Reichs-Anzeiger“ bis zum Schluß auf. Es haben im Verlauf von 4 Monaten 880 Arbeiter fast 13 000 M. auf Anregung des Herrn Oberlieutenant Bahn zusammen gespart. Eine schöne Summe, an der nur das Eine zu bedauern ist, daß sie nicht einem, sondern 880 königlichen Arbeitern zugehört. Dividirt man 13 000 in 880, so kommt auf den einzelnen Arbeiter eine Summe, der wir, ohne uns des Verbrechens der Majestätsbeleidigung zu verdächtigen, nicht das Prädicat königlich zuerkennen möchten. In vier Monaten hat der einzelne Arbeiter in den königlich preussischen Musterbetrieben die Summe von 14,75 M. gespart, das macht auf die Woche berechnet baare 87 Pfennige und auf's Jahr etwa 45 M. aus!

Der neueste Kurs muß sich in den bescheidenen Grenzen bewegen, wenn er solche Summen als Parabezahlen aufführt.

Ist der „Reichs-Anzeiger“ im Stande, sich einen Begriff von dem Grad des Vertrauens zu machen, das die Arbeiter in den königlichen Werkstätten der Einrichtung des Wettsparens entgegenbringen, wenn sie eine Summe pro Woche zurücklegen, die etwa um die Hälfte oder das Dreifache geringer ist, als der Betrag, den tüchtig organisierte Arbeiter, wie die Buchdrucker zum Beispiel, allein zu dem Zweck ihrer Gewerkschaft opfern, damit ihre Arbeitslöhne der kapitalistischeren Konkurrenz gegenüber gesichert bleiben? Uns dünkt, wenn es noch eines Beweises bedürft hätte von der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit des vulgären Sparens, dieser Beweis durch die 87 Pfennige erbracht wäre, die Arbeiter in königlichen Musterwerkstätten auf höhere Anregung allwöchentlich auf einen Gauken legen, der nach Verlauf von vier Monaten der staunenden Welt im offiziellen Organ der königlich preussischen Regierung als respektable Summe vorgeführt wird.

Was sagt Eugen Richter zu den 87-Pfennig-Epigonon seiner Spar-Agnes?

Nach dieser Leistung wollen wir es dem „Reichs-Anzeiger“ auch nicht weiter verübeln, daß er am Schluß seiner drohigen Abwehr erschöpft in den holden Parabeisestraum verfällt, in dem die königlichen Arbeiter sich als unbesiegt weiße Schäflein scheu zur Rechten von der Horde verdammter sozialdemokratischer Böcke scheiden.

Aber da wir gerade einmal dabei sind, so wollen wir uns



... doch eine Frage an das offizielle Organ der königlichen Regierung und der königlich preussischen Ministerien zu stellen:

Sind die Löhne in den königlichen Fabriken wirklich so ausserordentlich, dass am 9. September in den kgl. Munitionsfabriken eine Reduktion des Stundenlohnes von 50 Pf. auf 45 Pf. vorgenommen werden musste?

Die betroffenen Arbeiter, die am 21. Oktober d. J. wie es üblich ist, im "Vorwärts" ihre Leiden veröffentlicht und überdies, 172 Mann stark, sich beschwerend an das Kriegsministerium gewandt haben, sind bekanntlich ganz entschieden anderer Ansicht.

Vielleicht benutzt das offizielle Organ der Regierung, unter deren segensreichen Wirken, wie Figura zeigt, die Sozialreform bereits so unangenehm herrliche Blüten getrieben hat, ein wenig prompter als sonst die Gelegenheit, um auf unsere Frage eine Antwort zu geben, die die hart betroffenen Arbeiter aus der sozialdemokratischen Umgarnung herauszulösen geeignet ist.

**Mißstände im Reichs-Versicherungsamt.** Dieser höchste Gerichtshof für Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherungsachen tagt seit einigen Wochen in seinem neuen Amtsgebäude in der Königin-Augustastrasse. Die innere Einrichtung und Ausstattung ist großartig bis auf das — Parteizimmer, welches sowohl nach Lage als nach Größe durchaus nicht den Anforderungen entspricht, welche an ein solches gestellt werden können. So ist es z. B. von Zimmer 8, in dem die Rekurse gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte in Unfallsachen geprüft und erledigt werden, gegen 100 Schritt entfernt. Die räumliche Unzulänglichkeit des Parteizimmers und der Umstand, dass viele Kranke Leute es bevölkern, treibt einen Teil der wartenden Parteien, sowie deren Vertreter auf den Korridor hinaus. Dazu kommt ein Brauch, den man unseres Wissens auf keinem anderen Berliner Gericht kennt, der nämlich, dass die meisten Vorsitzenden in der Verhandlungssaal die Verhandlung stattfinden lassen, obgleich zu jedem der vier schönen Verhandlungssäle vorzügliche Beratungszimmer vorhanden sind. Während der Beratung müssen dann Publikum und Parteien den Saal verlassen. Der Korridor ist ihre Zuflucht, das Parteizimmer liegt zu un bequem. Mancher Vorsitzende lässt sechs bis sieben Sachen zugleich aufrufen; bei jeder Beratung giebt's dann natürlich eine ordentliche Ueberfluthung des Korridors, da, wie gesagt, das jedesmalige Auffuchen des für die Parteien bestimmten Zimmers eine sehr unbequeme Sache ist. Zweckmäßiger wäre es gewesen, man hätte das Zimmer, welches dem Geheimrath Graf angewiesen ist, für Parteien und Publikum bestimmt. Aber nicht nur über die angeführten Umstände werden vielfach Klagen laut, sondern auch über eine gewisse Beschränkung der Oeffentlichkeit, welche zum Theil mit derselben verknüpft ist, zum Theil jedoch auf der Anklage unterer Gerichtsbeamten basiert, dem Publikum hinsichtlich des Betretens der Verhandlungszimmer entgegen zu kommen. So mancher zur Vertretung seines vermeintlichen Rechts selbst erschienene Arbeiter würde dadurch mehr Selbstvertrauen und Geschicklichkeit zur Vertretung seiner Sache gewinnen, daß er Gelegenheit nimmt, mehreren Verhandlungen, vor der ihn angehenden, beizuwohnen. Geradezu gefordert werden müsste deshalb die Benutzung der gesetzlich garantierten Oeffentlichkeit. Die Organe der vielgerühmten Sozialreform sollten doch dem Armen und Unselbständigen bei der Vertretung seiner gesetzlich anerkannten Interessen möglichst weit entgegenkommen. — Wir nehmen an, daß dem Präsidenten Dr. Bödicker die angeführten Mißstände nicht bekannt sind, und erhoffen Abhilfe von ihm.

**Herbst-Kontroll-Versammlungen 1894 in den Landwehr-Bezirken I., II., III., IV. Berlin.** Dieselben werden mit den in Kontrolle der unterzeichneten Kommandos stehenden und in Berlin selbst wohnenden Mannschaften wie folgt abgehalten:

**Landwehr-Bezirk I. Berlin.**  
Provincial-Infanterie. (Namens-Anfangsbuchstaben A.-K.) Reservisten (Namens-Anfangsbuchstaben A. und B.) Jahrgang 1898, 1892, 1891, 1890 am Montag, den 5. November, Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1889, 1888, 1887 am Montag, den 5. November, Vormittags 10 Uhr. Reservisten (Namens-Anfangsbuchstaben G. und H.) Jahrgang 1893, 1892, 1891, 1890 am Mittwoch, den 7. November, Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1889, 1888, 1887 am Mittwoch, den 7. November, Vormittags 10 Uhr, auf dem Kasernenhofe des Regiments Franz, Urbanstr. 10—19. Reservisten (Namens-Anfangsbuchstaben C. D. F. und J.) Jahrgang 1893, 1892, 1891, 1890 am Dienstag, den 6. November, Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1889, 1888, 1887 am Donnerstag, den 8. November, Vormittags 10 Uhr, auf dem Kasernenhofe des 2. Garde-Dragoon-Regiments, Wäldstrasse. Offizier-Aspiranten (Namens-Anfangsbuchstaben A.-K.) Jahrgang 1893, 1892, 1891, 1890, am Freitag, den 9. November, Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1889, 1888, 1887 am Freitag, den 9. November, Vormittags 8 Uhr, auf dem Kasernenhofe des Karde-Kürassier-Regiments, Gitschinerstrasse.

**Landwehr-Bezirk II. Berlin.**  
Provincial-Infanterie. (Namens-Anfangsbuchstaben L.—Z.) Reservisten (Namens-Anfangsbuchstaben S. X. Y.) Jahrgang 1894, 1893, 1892, 1891 am Montag, den 5. November, Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1890, 1889 am Montag, den 5. November, Vormittags 10 Uhr, Jahrgang 1888, 1887 am Dienstag, den 6. November, Vormittags 8 Uhr, auf dem Kasernenhofe des 3. Garde-Regiments zu Fuß, Brandstr. 102—104. Reservisten (Namens-Anfangsbuchstaben L. M. O.) Jahrgang 1894, 1893, 1892, 1891 am Mittwoch, den 7. November, Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1890, 1889 am Mittwoch, den 7. November, Vormittags 10 Uhr, Jahrgang 1888, 1887 am Donnerstag, den 8. November, Vormittags 8 Uhr, Egerzierhaus bezw. Platz des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, vor dem Prenzlauer Thor, Lothringerstr. 1—7. Reservisten (Namens-Anfangsbuchstaben N., P., Q., R., U.) Jahrgang 1894, 1893, 1892, 1891 am Freitag, den 9. November, Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1890, 1889 am Freitag, den 9. November, Vormittags 10 Uhr, Jahrgang 1888, 1887 am Sonnabend, den 10. November, Vormittags 8 Uhr, Reservisten (Namens-Anfangsbuchstaben T., V., W., Z.) Jahrgang 1894, 1893, 1892, 1891 am Montag, den 12. November, Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1890, 1889 am Montag, den 12. November, Vormittags 10 Uhr, Jahrgang 1888, 1887 am Dienstag, den 13. November, Vormittags 8 Uhr, Offizier-Aspiranten (Namens-Anfangsbuchstaben L.—Z.) Jahrgang 1893, 1892, 1891, 1890, 1889, 1888, 1887 am Dienstag, den 13. November, Vormittags 10 Uhr, Egerzierhaus bezw. Platz am Landwehr-Dienstgebäude, Kaiser-Brand-Grenadierplatz 11/12.

**Landwehr-Bezirk III. Berlin.**  
Sämtliche Mannschaften der Garde, ausschließlich Offizier-Aspiranten, auf dem Kasernenhofe des 4. Garde-Regiments z. F., Rathenowerstr. 31, Beginn Vorm. 8 Uhr, Jahrgang 1894, 1893, 1892, am Montag, den 19. November 1894; auf dem Kasernenhofe des Garde-Füsilier-Regiments, Chausseestr. 89—91, Beginn Vorm. 8 Uhr, Jahrg. 1891, am Dienstag, den 20. Novbr. 1894; auf dem Kasernenhofe des 2. Garde-Infanterie-Regiments, Invalidenstr. 56, Beginn Vorm. 8 Uhr, Jahrgang 1890, am Donnerstag, den 22. November 1894; auf dem Kasernenhofe der 1. Abtheilung 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments, Kruppstr. 3, Beginn Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1889, am Freitag, den 23. November 1894; auf dem Kasernenhof des Garde-Füsilier-Regiments, Chausseestr. 89—91, Beginn Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1889, am Sonnabend, den 24. November 1894; auf dem Kasernenhofe des 4. Garde-Regiments z. F., Rathenowerstr. 31, Beginn Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1887, am Montag, den 26. November 1894. Eisenbahn- und Luftschiffer-Truppen, Provinzial-Sanitäts-Personal, einschließlich desjenigen der Marine (Unterärzte, Lazarethgehilfen — ausgebildete und halbjährig gediente —

Krankenwärter, Geistliche, Uterapotheker und Militär-Apotheker) und Provinzial-Veterinär-Personal (Unteroffiziere, Oberfähnen- und Fähnrichsbedienstete, auf dem Kasernenhofe des 2. Garde-Infanterie-Regiments, Invalidenstr. 56, Beginn Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1894, 1893, 1892, 1891, 1890, am Dienstag, den 27. November 1894; auf dem Kasernenhofe der 1. Abtheilung 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments, Kruppstr. 3, Beginn Vormittags 8 Uhr, Jahrgang 1889, 1888, 1887, am Mittwoch, den 28. November 1894. Mit den nachstehend angeführten Personen: Offizier-Aspiranten der Garde, der Eisenbahn- und Luftschiffertruppen der Jahrgänge 1893, 1892, 1891, 1890, 1889, 1888 und 1887, am Donnerstag, den 29. November 1894, auf dem Kasernenhofe der 1. Abtheilung 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments, Kruppstr. 3, Beginn Vormittags 8 Uhr.

**Landwehr-Bezirk IV. Berlin.**  
Provincial-Kavallerie, Provinzial-Feld-Artillerie auf dem Kasernenhofe des 1. Garde-Dragoon-Regiments, Bellealliancestr. 6, Beginn täglich Vormittags 8 Uhr, Provinzial-Fuß-Artillerie auf dem Kasernenhofe des 1. Garde-Dragoon-Regiments, Bellealliancestr. 6, Beginn täglich Vorm. 10 Uhr, Provinzial-Jäger, Provinzial-Pioniere auf dem Kasernenhofe des Eisenbahn-Regiments Nr. 2, auf dem Tempelhofer Felde, Beginn täglich Vormittags 8 Uhr; Arbeitsbedienstete: Provinzial-Oekonomie-Handwerker, Provinzial-Feldmeister-Aspiranten, Provinzial-Büchsenmacher, Marine auf dem Kasernenhofe des Eisenbahn-Regiments Nr. 2, auf dem Tempelhofer Felde, Beginn täglich Vormittags 10 Uhr, Provinzial-Train auf dem Kasernenhofe des Eisenbahn-Regiments Nr. 1, auf dem Tempelhofer Felde, Beginn täglich Vormittags 8 Uhr, Provinzial-Krankenträger, Provinzial-Militär-Bäder auf dem Kasernenhofe des Eisenbahn-Regiments Nr. 1, auf dem Tempelhofer Felde, Beginn täglich Vormittags 10 Uhr. Von den hier angeführten Mannschaften haben Kontroll-Versammlungen auf oben angeführten Plätzen die Jahrgänge: 1894, 93, 92 am Montag, den 19. November, 1891 am Donnerstag, den 22. November, 1890 am Sonnabend, den 24. November, 1889 am Dienstag, den 27. November, 1888 am Mittwoch, den 28. November, 1887 am Freitag, den 30. November. Mit den nachstehend angeführten Personen: Offizier-Aspiranten der Provinzial-Kavallerie, Provinzial-Feldartillerie, Provinzial-Fuß-Artillerie, Provinzial-Jäger, Provinzial-Pioniere, Provinzial-Train und der Marine der Jahrgänge 1893, 1892, 1891, 1890, 1889, 1888 und 1887 auf dem Kasernenhofe des 1. Garde-Dragoon-Regiments, Bellealliancestr. 6, Beginn täglich Vormittags 10 Uhr, am Mittwoch, den 28. November 1894.

Die vorbezeichneten Mannschaften werden aufgefordert, zu den festgesetzten Stunden pünktlich zu erscheinen. Welchem Jahrgange jeder Einzelne angehört, ist auf dem Deckel des Militärpasses angegeben. Wer die Kontrollversammlung versäumt, wird mit Arrest und event. auf Grund des § 67 Reichs-Militär-Gesetzes mit Verlegung in die nächst jüngere Jahresklasse, woraus Verlängerung der Gesamtdienstzeit um ein Jahr folgt, bestraft.

**Sozialpolitische Eisenbahn-Weisheit.** Ein Schriftsteller schreibt uns: Seit dem 8. Oktober benutze ich regelmäßig die Wannseebahn mit einer Arbeiter-Wochenkarte. Am vergangenen Dienstag wurde mir mit einem Male die Erneuerung der Karte verweigert, weil ich kein Arbeiter sei. Als ich um nähere Begründung dieser auf mich recht verblüffend wirkenden Ansicht bat, legte mir die Dame am Schalter eine vom 15. Oktober datirte Verfügung vor, nach welcher sie nur an Bauarbeiter oder ungelernete Arbeiter (?) Wochenkarten verkaufen dürfe. Auf meinen Einwand, daß ich doch auch Arbeiter und kein Rentier sei, hatte die Dame die Antwort, die Buchdrucker seien doch so gestellt, daß sie in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen könnten! Vielleicht hält Herr Thielen in seiner neuen arbeiterfreundlichen Verfügung auch das Rezept verschlossen, wie ein Buchdrucker mit 25 oder 30 M. Wochenverdienst es anfangen muß, um eine Wohnung in der Friedrichstadt zu bezahlen.

**Für die städtische Armenspeisungs-Anstalt** ist der übliche, sich an den stets bewährten Wohlthätigkeitsstiftungen unserer Mitbürger wendende Ruf nach Unterstützung sehr erwidert. Es wird darin wieder offen zugegeben, daß nur, soweit es die vorhandenen und durch milde Beiträge zu erwartenden Mittel gestatten, in den 15 Küchen Armen-Suppen verabreicht werden sollen. Wenn man schon dabei bleiben will, daß das Massenelend durch die längst als unzureichend erwiesene Armenwirtschaft zu bekämpfen, dann sollte man wenigstens in den eigenen Sädel greifen. Eine Gemeindeverwaltung, die für Schloßplatz-Verhönerungen und Fürsteneinplänge das Geld mit vollen Händen austreten kann, sollte sich — sagen wir: scheuen, zu erklären, daß sie in diesem Zwinge der Armenhilfe nicht weiter gehen will, als der Betrag der Haussteuer gestattet.

**Die Frommen an der Arbeit.** Der Verein für innere Mission hat die Absicht, den vielgeplagten Handlungsgehilfen, Verkäuferinnen u. seine liebevolle Fürsorge zuzuwenden. Er hat sich, wie es in einem erlassenen Aufrufe heißt, die Aufgabe gestellt, die noch nicht ganz verdorbenen Mädchen von dem Spazierengehen auf den Straßen nach Schluss der Geschäftsstunden abzubringen. Man weiß nicht, will der Verein die armen Opfer kapitalistischer Profligkeit, die auf Nebenwerb angewiesen sind, retten oder will er die erholungsbedürftigen und in frischer Luft Erholung suchenden Proletarierinnen durch geistliche Speise „erquickend“? Wir glauben, der Verein für innere Mission hätte ein ausgiebiges Arbeitsfeld, wenn er die in „besseren“ Kreisen herrschende Sittenlosigkeit bekämpfen und sich borgt der „noch nicht ganz verdorbenen Mädchen“ annehmen würde.

**Unternehmer-Übermuth.** Weil es ihm anscheinend zu gut gegangen, ist er entlassen worden. Diese denkwürdigen Worte hat der Kapellmeister und Konzertunternehmer Karl Maly der (Leipzigerstrasse) nach einer eigenen, lächerlich gegebenen Erklärung vor dem Gewerbegericht seinem ehemaligen Orchesterdiener in das Dienstbuch geschrieben.

**Vom Rittmeister zum Pennbruder.** Unter dieser oder einer ähnlich lautenden Aufschrift lehr von Zeit zu Zeit in den bürgerlichen Blättern eine Räubergeschichte wieder, nach der irgend ein hoher Herr vom Militär es durch die Geschicklichkeit im Trinken zum schnapsdunstenden Pennbruder gebracht habe. Auch in den letzten Tagen hat eine solche Geschichte in der Presse herumgeflutet; in der Markthalle am Halleschen Thor sollte sich diesmal ein gewesener Rittmeister aufhalten, der unglückliche Weise Bettelns und Landhirschens vorbeirast, seit fünf Jahren obdachlos sei und im Trinken geradezu unmenssüchliche Leiste. Die Arbeiter in dieser Markthalle stellen nun das sehr gerechtfertigte Verlangen an uns, zu erklären, daß ein derartiger Herr Graf oder Rittmeister sich nicht unter ihnen befinde. Von „höherer Herkunft“ sei nur einer unter ihnen, und zwar sei derselbe keineswegs zum „Pennbruder“ herabgesunken. Dieser Arbeiter, Wilhelm Trinz mit Namen, sei der Schwager eines sehr bekannten Sozialreformerers und er geniesse unter den Schlächtermeistern u. die einen Stand in der Halle haben, ein solches Vertrauen, daß regelmäßig Wagenladungen mit Fuhrwerk, die einen Werth von Tausenden repräsentirten, unter seine Obhut gestellt würden. Trinz hat allerdings in der deutschen Armee als Unteroffizier und später auch in der holländischen Armee gedient, er ist in Indien am Fuß verwundet worden und ernährt sich jetzt ehrlich und rechtschaffen, ohne „Pennbruder“ geworden zu sein, als Markthelfer.

**Ueberfallen** worden ist in einem Geschäftsklokal in der Ritterstrasse 1 der 23jährige Maschinenbauer Chemnitz aus der Reichensbergerstrasse. Der Inhaber des Zigarrenladens, namens Brecht, zahlte zu seinen Kunden mehrere Arbeitsburschen, die aber ihren Bedarf an Zigaretten meistens auf Kredit entnehmen. Am Mittwoch Abend wurde vier solchen die Waare unter Hinweis auf die noch nicht beglichene Schuld verweigert, worauf

einer von ihnen einen Nickel zum Vorchein brachte und dafür 5 solche Zigaretten verlangte, deren 4 zehn Pfennige kosten. Chemnitz war dabei zugegen und gerieth mit dem unverschämten Burschen in Wortwechsel. Als sich alle vier jedoch entfernen mußten, rief er aus: „Jungelen, Euch loosnen wir uns.“ Chemnitz sprang nun auf die Straße, wurde gegen die Glas Thür des Geschäfts geworfen, daß die Scheibe zerbrach, und die Schaar verschwand. Freitag Abend gegen 10 Uhr stürmten plötzlich zehn junge Leute in den Laden und umstellten den wiederum anwesenden Chemnitz, während einer ihm mit einem stumpfen Instrument sechs Wunden auf dem Kopfe beibrachte. Der Ladeneinhaber, der zum Verlassen des Raumes aufforderte, erhielt nun einen leichten Schlag. Chemnitz verfolgte die Burschen und sorgte dafür, daß drei von ihnen durch einen Schutzmänn ergriffen wurden. Der Haupt-schläger, der Arbeitsbursche Karl Schloffer, konnte am Sonnabend ermittelt werden. Obgleich dem Ladeneinhaber gedroht worden ist, daß er für den Fall der Erstattung einer Anzeige noch Schlimmeres zu gewärtigen habe, wird die Sache zum Austrage kommen müssen.

**Polizeilich beschlagnahmt** wurden auf Veranlassung des Fleischbeschauers Kotke ca. 8 Zentner Knochenfleisch Fleisch auf einem Wagen, der vor dem Geschäftsklokal des Schlächtermeisters Ködiger in der Paulstrasse 30 hielt. Die Waare gehörte dem Leberhändler Kohn, der sie vom Nordbahnhof geholt hatte und ohne sie untersuchen zu lassen, in dem Stadtteil Moabit zum „verschärfen“ bei den Schlächtermeistern umherfuhr. In Gegenwart eines Schutzmänn wurde das ungestempelte Fleisch nach dem städtischen Schlachthofe gebracht, wo es nach amtlicher Untersuchung durch den Kreisthierarzt Wasmann als „minderwerthig und tuberkulös“ verworfen und sofort zur Abbedeckung geschafft wurde.

**Den Erstickungstod** hat bei einem am Montag unter Mittag Greifswalderstrasse 33 gemeldeten Brande, welcher den Inhalt eines Kohlenkastens zum Gegenstande hatte, ein vierjähriger Knabe gefunden. Derselbe war allein in der Küche geblieben und hat anscheinend mit Feuer gespielt. Nachbarn, welche durch den aus der Wohnung dringenden Rauch auf den Brand aufmerksam wurden, erbrachen die Wohnung und fanden den Knaben erstickt in seinem Bettchen vor. Die sogleich angeforderten Wiederbelebungsvorläufe, welche beim Eintreffen der Feuerwehr aus von dem im Samariterdienst ausgebildeten Mannschaften fortgesetzt wurden, blieben erfolglos. Der an und für sich belanglose Brand war schon durch Hausbewohner gelöscht.

**Zu der Meldung** des Polizeiberichts vom Sonnabend: „Im Thiergarten, bei der Löwenbrücke, schoß ein Mann sich Vormittags eine Revolverkugel in den Unterleib. Er wurde noch lebend nach dem Krankenhaus gebracht“, wird des näheren Folgendes mitgetheilt: Der 40 Jahre alte Eisenbahnbetriebs-Sekretär Fritz Mayer, der aus Thale stammt, und in der Löwenbrückenstr. 41 wohnt, hatte in der Familie Wirths in Thale begebenheit gehabt und infolge dessen die Wäuslichkeit in sehr erregter Stimmung verlassen. Am Freitag Morgen um 8 Uhr etwa fand ein Schutzmänn auf einer Bank im Thiergarten, unweit der Löwenbrücke, einen Mann sitzen, der sich aus einem noch bei ihm befindlichen Revolver einen Schuß in den Unterleib beigebracht hatte und sofort mittels Droschke nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht wurde. Er war bei Bewußtsein, konnte die näheren Verhältnisse angeben und auch seinen Namen nennen. Durch den Schuß, den er in selbstmörderischer Absicht auf sich abgefeuert hatte, war die Lunge verletzt worden. Im Krankenhaus ist inzwischen ein operativer Eingriff gemacht worden, und es hat den Anschein, als ob dieser von Erfolg gewesen sei.

**Polizeibericht.** Am 27. d. M. früh wurde eine Almosenempfängerin in ihrer Wohnung, in der Petristraße, erhängt vorgefunden. — Vormittags stürzte sich ein Mann in selbstmörderischer Absicht vom Dache des Hauses GutsMuths 79 auf den Hof hinab und blieb auf der Stelle todt. — Gegen Mittag wurde ein Mann beim Besteigen eines Pferdebahnwagens auf der Kreuzung der Jerusalem- und Leipzigerstrasse von einer Frau derartig angestochen, daß er hinfiel und durch ein Arbeitsfuhrwerk überfahren wurde. Er erlitt einen Bruch des Oberarmes. — Nachmittags fiel ein Arbeiter, der in der Ackerstrasse auf einen in der Fahrt befindlichen Arbeitswagen von vorn aufsteigen wollte, unter die Räder und erlitt eine Zerschütterung des linken Oberschenkelknochens. — Gegen Abend wurde in der Alexandrinenstrasse ein Beihing von einem Pferde gegen das Bein geschlagen und ihm dadurch ein Bruch des Oberschenkels zugefügt. — In der Friedrichstrasse wurde ein Mann durch eine übermäßig schnell fahrende Droschke umgestoßen und am Kreuz verlegt. — In der Luisenstrasse fuhr ein Droschkenfahrer derartig gegen einen Handwagen, daß der Führer desselben zu Boden geschleudert wurde und nach der Charite gebracht werden mußte. Abends ging in der Köpenickerstrasse ein anscheinend ungenügend beaufsichtigtes Pferd mit dem Geschäftswagen durch und stieß in der Nähe der Petribrücke mit dem Scheerbaum von hinten in ein Koupée, dessen Insassin leicht verletzt wurde. — Am Luisen-Ufer sprang ein Mann ins Wasser. Er wurde noch lebend, aber schon bewußtlos herausgezogen und ins Krankenhaus gebracht. — In der Nacht vom 28. d. M. wurde an der Ecke der Prenzlauer- und Wadjeckstrasse ein Arbeiter durch einen Messerhieb schwer in der linken Schulter verletzt. — Am 28. d. M. Vormittags wurde ein Arbeiter im Hofen am Urban todt aufgefunden. — Am 27. und 28. d. M. fanden acht kleine Brände statt.

**Witterungsübersicht vom 29. Oktober 1894.**

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Better.	Temperatur (nach Celsius) (50 C. = 90 F.).
Ewinemünde . . .	762	D	1	wolfig	1
Hamburg . . .	759	OEO	2	Nebel	5
Berlin . . .	761	OEO	1	Regen	5
Wiesbaden . . .	762	SW	1	wolfig	9
München . . .	765	SW	4	wolfig	8
Wien . . .	764	SW	1	heiter	8
Saparanda . . .	760	NO	2	heiter	-16
Petersburg . . .	749	N	1	Nebel	-3
Coix . . .	749	SW	4	halb bedekt	8
Aberdeen . . .	744	SW	1	wolfig	7
Paris . . .	760	SW	4	wolfig	10

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. Oktober 1894.**  
Ziemlich heiteres, vorherrschend wolfiges, zunächst wärmeres Wetter mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden; nachher etwas kühl.

Berliner Wetterbureau.

## Gerichts-Zeitung.

**Aristokratisches aus einer Ringbrauerei.** Wegen Körperverletzung hatte Sr. Hochwohlgeborener Herr Graf Reichschach in Stralau sich gestern vor dem Schöffengericht am Landgericht II zu verantworten. Der Angeklagte ist jetzt Verwalter der früher in seinem Besitz befindlichen Brauerei in Stralau. Die Bierausgabe hatte er in dieser Eigenschaft einem Herrn Adolf Schäfer übertragen, der für jeden aus dem Keller gehenden Hektoliter einen bestimmten Prozentsatz erhalten sollte. Das entnommene Bier sollte seitens der Bierfahrer an den Kellermeister bezahlt werden, da aber Graf Reichschach diese Gelder selbst einzog, so verweigerte der Kellermeister am 18. August d. J. die Herausgabe von Bier ohne Entgelt. Graf Reichschach wollte



jenen dazu zwingen, er ging in Begleitung seines großen Hundes, dessen Maulkorb er in der Hand trug, auf den Hof, fasste hier den Kellnermeister am Hals, während er „Vor! Vor!“ rief; der Hund sprang auf Schüler los und zerfleichte diesem die Waden. Der Verletzte stellte Strafantrag. Vor Gericht behauptete Graf Reichsch, sein Hund sei das gutmüthigste und sanfteste Thier von der Welt. Dem widersprach allerdings das ärztliche Attest und das Schöffengericht war der Meinung, daß der Hund ein hundsartig schlechtes Thier sein müsse, wenn es trotz aller Sanftmuth nicht auf einen wirklichen oder vermeintlichen Gegner seines Herrn losgehe, besonders wenn er obenrein dazu angeporrt werde. Es sei daher auf eine empfindliche Strafe und zwar auf 200 M. erkannt worden.

**Eine rohe That,** die manche Neugierigkeit mit der brutalen Handlungsweise des nur zu 800 Mark verurtheilten gebildeten Studenten Steinke zeigt, hatte dem Kellner Julius Willrod neun Monate Gefängnis eingebracht. An einem Sonntag Vormittag im Juni d. J. traf der Angeklagte in der Glatzerstraße ein 15-jähriges Lehrlingsmädchen. Willrod bot demselben seine Begleitung an und als er eine abweisende Antwort erhielt, folgte er der Geungünstigen auf dem Fuße, ihr Geld anbietend und häßliche Worte ihr in's Ohr flüsternd. In der Nähe der elterlichen Wohnung angelangt, begann das Mädchen nach Kräften zu laufen. Erzielte dadurch einen Vorsprung. Athemlos stürzte sie zu der, zur ebenen Erde gelegenen Hofwohnung hinein. Bevor die Mutter sie nach der Ursache ihrer Angst fragen konnte, erschien der Angeklagte in der Wohnung. Auf die Frage, was er wünsche, erwiderte der Angeklagte in frechem Tone, daß er ihre Tochter nach Hause gebracht habe. Frau W. wies ihm die Thür, der Angeklagte setzte aber seine frechen Redensarten fort. Nun wollte Frau W. um Hilfe rufen. Der Angeklagte versetzte ihr mit der Hand die Augen zu, schrie „Gibberstodes“ einen wuchtigen Hieb gegen den Kopf und ergriff dann die Flucht. Die Mißhandelte sank blutüberströmt zu Boden. Ihre Stirn weist eine 10 Zentimeter lange Wunde auf. Die Verurtheilte: Strafkammer, die der Angeklagte in Anspruch nahm, bestätigte das erste Urtheil.

**Ein tief erschütterndes Bild** menschlichen Elends entrollte eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht am Landgericht II stattfand. Die unverheiratete Auguste Seidenstricker stand vor den Geschworenen unter der Anklage, ihren 10 Monate alten Knaben mit Ueberlegung getödtet zu haben. Die noch nicht 24 Jahre alte Angeklagte hatte am 5. August 1893 einem unehelichen Kinde das Leben gegeben. Im Oktober 93 zog sie nach Berlin und zog als Dienstmädchen zu den Grawitz'schen Eheleuten. Ihr Kind gab sie bei einer Frau Pötter in Pflege und zwar hatte sie dafür monatlich zuerst 18 und dann 15 M. zu bezahlen. Obgleich sie nur 15 M. monatlichen Lohn erhielt, konnte sie doch bis Ende April 1894 ihren Verpflichtungen der Frau Pötter gegenüber nachkommen. Anfang Mai verließ die Angeklagte jedoch ihren Dienst und trat als Waschmädchen in die Jeng'sche Waschanstalt ein. Zehi begann ihre Noth. Sie erhielt für ihre Arbeit einen täglichen Lohn von 1 M. und da sie sich davon selbst belästigen und auch ihre Wohnung bezahlen mußte, so mußte sie für Monat Mai 9 M. schuldig bleiben. Da die Pflegerin gedauert hatte, sie werde das Kind der Angeklagten zurückbringen, wenn diese nicht bezahle, so machte die S. mehrere Versuche, ihr Schändchen irgenwo anders unterzubringen. Sie begab sich zum Vormund ihres Kleinen, zu mehreren Diakonissen und zum Armenvorsteher, erhielt aber überall eine abschlägige Antwort. Da reifte in ihr der schreckliche Entschluß, sich des Kindes zu entledigen. Sie begab sich am Abend des 1. Juni zur Frau Pötter und holte es von dort ab. Auf bringendes Verlangen erhielt sie es auch und machte sich mit ihm auf den Weg nach Treptow. Im Treptower Park jenseits der Stadtbahn machte sie Halt und warf ihr Kleines in die Fluthen der Spree. Am nächsten Tage nahm sie ganz unbefangene ihre Arbeit im Wäschegeschäft wieder auf. Am 2. Juni wurde die kleine Leiche aufgefunden, und da sich die Angeklagte durch widersprechende Angaben über den Aufenthaltsort des Kindes verdächtig gemacht hatte, so wurde sie verhaftet. Tragisch ist der

Umstand, daß die Schwester der Angeklagten die an den monatlichen Unterhaltungslofen fehlenden 9 M. der Pötter schon bezahlt hatte, als die S. bei dieser erschien. In der gestrigen Verhandlung konnte die Angeklagte nur tiefes Mitgefühl erregen. Zumeist sagte sie zu allem „ja“, dann bestritt sie, ihr Kind getödtet zu haben. Sie behauptete, daß sie am Ufer der Spree ausgerutscht und daß ihr Junge dabei ins Wasser gefallen sei. Endlich jedoch räumte sie die ihr zur Last gelegte That ein und entschuldigte sich mit ihrer Noth und damit, daß sie infolge der Abweisungen nicht gewußt habe, wohin sie ihr Kind bringen sollte.

Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt die Schuldigsprechung der Angeklagten wegen Mordes. Er war der Meinung, daß die Verhandlung viele Momente ergeben habe, nach denen man bei der Angeklagten auf Absicht und Ueberlegung bei der Tödtung schließen müsse. Der Wahrspruch der Geschworenen schloß das Moment der Ueberlegung aus und lautete auf Schuldig des Todtschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte jedes Muttergefühl in sich erlöcht haben mußte, um solche That zu begehen, die höchste zulässige Strafe von 5 Jahren Gefängnis. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Strafe von 5 Jahren Gefängnis. Die Angeklagte erklärte sich bereit, die Strafe sofort anzutreten.

**Vom Reichs-Versicherungsamte.** Ein Auftrag führte den beim Nord-Ober-Kanal thätig gewesenen Schachtmeister Schröder im August des vergangenen Jahres nach der Schülperstraße. Um nach der Godbeder Landstelle, woher er gekommen war, zurückzukehren, benutzte er einen Dampfer. Infolge eines krankhaften Anfalles stürzte er über Bord und fand in den Wellen seinen Tod. Die Tiefbau-Vereinsgenossenschaft lehnte einen Antrag der Hinterbliebenen auf eine Rente ab. Sie deduzirte, Schröder sei nur ein Opfer seiner Bequemlichkeit geworden. Wäre er zu Fuß seinem Ziele zugeföhrt, hätten ihn nicht die Wellen verschlungen können und er wäre jedenfalls noch am Leben. Das Schiedsgericht, an das sich die Antragsteller dann wandten, war jedoch der Meinung, die Benutzung des Dampfers habe Schröder nicht außerhalb des Betriebes gestellt; und sie verurtheilte die Tiefbau-Vereinsgenossenschaft zur Zahlung der geschuldeten Entschädigung. Die Beklagte legte ihrerseits darauf Rekurs beim Reichs-Versicherungsamte ein. Schröder sei, meinte sie, einer Gefahr erlegen, die auf seine persönlichen Zustände, da er an Krämpfen litt, zurückzuführen wäre. Seine Epilepsie habe verursacht, daß er sofort in den Wellen versank. Hätte er nicht diese Krankheit gehabt, wäre seine Rettung vielleicht möglich gewesen. Der Rekurs wurde vom Reichs-Versicherungsamte am 22. Oktober zurückgewiesen. Dasselbe hielt Schröder's Verhalten für entschuldigbar und betonte, dieser habe den betreffenden Weg dienstlich zurückgelegt; was die Benutzung des Dampfers angehe, so habe er durch dieselbe den Betrieb nicht verlassen.

**Kein Betriebsunfall!** In die Nordöstliche Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft hatte sich der Kutser Mosch mit einem Rentenanspruch unter der Begründung gewandt, er habe eines Sonntags seinen ehemaligen Arbeitgeber, Fabrikbesitzer Müller nebst Familie nach Franz Buchholz gefahren und bei der Gelegenheit durch einen Hufschlag des Pferdes einen Unfall erlitten. Nachdem der Arbeitgeber eine Anfrage dahin beantwortet hatte, daß er aus eigener Kenntnissnahme nichts von dem Unfall wisse, lehnte die Berufsgenossenschaft den Anspruch ab. Grund: Es sei weder ein Unfall erwiesen, noch läge ein Betriebsunfall vor, wenn des Klägers Behauptung wahr wäre. Mosch ging an das Berliner Schiedsgericht. Dieses hielt die Berufung nicht für begründet, da ihrer Ansicht nach auf keinen Fall ein Betriebsunfall vorliege, für den die Beklagte haftbar gemacht werden könnte. Unfälle, welche sich bei Spazierfahrten ereigneten, sei dieselbe nicht zu entschuldigen verpflichtet, sondern nur Unfälle im Betriebe. Jetzt legte M. beim Reichs-Versicherungsamte Rekurs ein. Er stützte sich auf die Behauptung, daß er verpflichtet war, seinen Arbeitgeber fast jeden Sonntag spazieren zu fahren. Hätte er sich dessen geweigert, wäre er Knall und Fall entlassen worden. Das Reichs-Versicherungsamte hielt die Berufsgenossen-

schaft jedoch ebenfalls nicht zu der verlangten Entscheidung verpflichtet. Es liege in Wirklichkeit, so wurde aufgeführt, Betriebsunfall vor. Die Berufsgenossenschaft sei nicht haftbar zu machen, ob hingegen nicht der Arbeitgeber hafte, das zu unteruchen wäre nicht Sache des Reichs-Versicherungsamtes. Mosch's Rekurs wurde zurückgewiesen. — Dieser Fall beweist, daß unsere sozialreformatorische Gesetzgebung noch lange nicht auf der „Höhe der Zeit“ steht.

### Briefkasten der Expedition.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein: Lohnklaven einer Muffelfabrik in Spandau 12.—, Kaufsch, Buchdrucker in Kalisch 4.—, Wagenbauwerkstoffe, Bezirk III Berlin 12.85, Gesammelt Lokal „Post“ 1.80, Sommernachtsball bei Tempel am 20. Oktober 10.—, Arbeiter der Berlin-Hamburger Jaloufiefabrik und Mitglieder des Vereins „Humor“ 4.—, Vertrauensmänner-Versammlung Moabit deutscher Holzarb. Verband 3.25, Ruderverein „Vorwärts“, Sitzung vom 25. Oktober 1894, 1.75, Seifenbändler Treptowstraße 6.—, sechs Anreise und Verfahrte 4.50, Von den fidelem Maurern aus der Frankfurter Allee 20.—, Landmannschaft d. Schleswig-Holsteiner zu Berlin, 2. Rate 10.—, Geburtstagsfeier Gräfestraße Nr. 19 2.—, Von einer Geburtstagsfeier vom rothen Saal 2.60, Alexandrinenstraße 119 1.10, Werkstat Holz 24 N. 1.—, Gef. Werkstat, Alte Jakobstr. 78, IV. Rate 5.25, Schankwirth Emil Gebhardt, Neue Gränstr. 21, 3.—, Amerik. Auktion Rabitz, Grünauerstr. 35, 3.86, Amerik. Aukt. d. Gefangenen „Hoffnung“ bei Fuchs, Lichtenberg 7.50, Bei einer Geburtstagsfeier Mohrbeck 8.—, „Johel“ 6.70, Ueber-schuss vom Bierlosum der Gutarbeiter Landwehrstr. 11 10.—, A. G. Tempelhofer Berg durch Schmidt, 2. Rate 6.—, Reimann, gesammelt beim Bau des Landtagsgebäudes 2.05, Kindtaufe im Norden 2.—, Tapezier-Werkstat Pladow und Prieme 10.—, Gef. Prenzlaue Allee 164 durch A. 4.65, Von einigen rothen Handlungsgehilfen bei Schäpel, Schleffischer Stlat 1. Rate 5.80, Von einigen rothen Handlungsgehilfen bei Schäpel, Schleffischer Stlat 2. Rate 2.45, Trio Joel ohne Bonfottbruch 7.—, Von Arbeitern des Entenberges von H. Kühn, Oberlangendielau 26.25, Verb. d. Porzellanarbeiter 300, Kollegen der Tischlerei von Schwarz, mit Ausnahme von Zweien J. u. A., Wienerstr. 57a 4.65, Glasarbeiter Stralau durch Börner 50.—, Polamentenfabrik E. G. 3.—, L. M., Buchdrucker 1.—, Amerik. Auktion bei Fied für einen Nettig 2.57, Kirchorf, Holzarbeiter-Verband beim Besuch des Reichstagsgebäudes 3.—, Graveure, Hofeure u. Bergemann 3.10, Bei einer rothen Kindtaufe 2.—, Von den Klosterbrüdern 5.55, Von den Polirern und zwei Tischlern der Equit'schen Möbel-Fabrik, Frankfurterstr. 125, 8. Rate, 4.00, Roth geköpft 1.00, Gef. in der Werkstat von Hempf, Panstr. 22, 6.80, Gef. bei einer Hochzeit in Charlottenburg, Potsdamerstr. 2.70, Ein Vortrag von Dr. Jabel N. B. Groß-Bichterfelde 5.—, Gef. von dem Maler E. Lange im Reichstagsgebäude 12.—, Amerik. Auktion Metallarbeiter Osten 3.10, Von den Budapester Steinmeyern 16.84, Werkstat Gubner mit Dubiler, Grünstraße 19, 1. Rate 5.—, Vom Bau Köpenickerstr. 182 4.65, Amerikanische Auktion der verbogenen Kupferschmiede 3.75, Amerikanische Auktion bei Schönheim, Gräfestr. 8 6.85, Auf Verzicht eines Geburtstagsfranzosen von den Klumpnern der Firma S. Marcus, Staligerstr. 10, 2.65, Schafköpfe aus Charlottenburg 1.50, Vierprozentige Reparaturwerkstat von Prätzel 3.—, Gärtler D. Lundershausen 2.—, Schultzeisen seine Hochzeit und Kindtaufe 2.70, Raupenstr. von Prätzel 2.20, Gärtler, Ritterstr. 90, 4.65, Bauanschläger-Geburtstag Schlemmerstraße bei Schröder durch Ferdinand 1.65, Gesammelt von den Arbeitern der Firma Pohl u. Weber, Dresdenerstr. 79, 4.25, Summa 670.82 M. Bereits quittirt 14557.44 M.; in Summa 15 228.26 M.

In Nr. 250 soll es in der Quittung heißen: Amerik. Auktion einer Preßklohe bei Kluge, nicht Kluge.

## Gauverein Berliner Bildhauer. Versammlung

Dienstag, den 30. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schueider, Annenstr. 16. Tages-Ordnung: Geschäftliches. — Wahl eines Stellenvermittlers. — Antrag des Vorstandes: Im Osten und Norden Zählstellen zu errichten. — Holzbildhauer: Abend: „Die große Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und welche Mittel haben wir zur Abhilfe?“ Referent: Kollege Dupont. — Verschiedenes.

## Arbeiter-Bildungs-Schule. Lehrplan für das Winterhalbjahr 1894/95.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Südost-Schule. Waldemarstr. 14.
Montag	Nationalökonomie.	Nationalökonomie.
Dienstag	Volksthümliche Medizin.	Volksthümliche Medizin.
Mittwoch	Gesetzeskunde (Spez. Arbeiterrecht).	Gesetzeskunde (Spez. Arbeiterrecht).
Donnerstag	Geschichte (Sozialismus).	Geschichte (neueste).
Freitag	Deutsch (Logik u. Rhetorik).	Deutsch (Logik u. Rhetorik).
Sonn- (2 u. 4. im Monat)	Naturekenntniß.	Naturekenntniß.
abend (1 u. 3. im Monat)	Disziplin-Übungen.	Disziplin-Übungen.

Der Unterricht wird des Abends von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr erteilt. In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen große Versammlungen abgehalten, in welchen wissenschaftliche Thematika in volkverständlicher Weise behandelt werden. Die Theilnahme an dem Unterricht steht Jedem, auch Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei. Für sämtliche Lehrfächer werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer (Damen und Herren) aufgenommen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld beträgt monatlich für jedes Unterrichtsfach 25 Pf.; für den Sonntags-Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden Zählstellen, deren es eine auch in jeder Schule errichtet ist. Die Zählstellen sind folgende:

- |   |  |
|---|--|
| <b>S.</b><br>Schöning, Stallschreiberstr. 29.                             | <b>N.</b><br>Nordschule, Müllerstr. 179a.<br>Gnadt, Pulverstr. 92.<br>Gleimert, Müllerstr. 7a.<br>Wornan, Rosenbalerstr. 57. |
| <b>SO.</b><br>Südostschule, Waldemarstr. 14.<br>Schulz, Admiralsstr. 40a. | <b>NO.</b><br>Mamlok, Barnimstr. 42.   |
| <b>SW.</b><br>Grabs, Mariendorferstr. 10.<br>Windhorst, Junferstr. 1.     | <b>NW.</b><br>Vogtherr, Stephanstr. 29.  |
| <b>O.</b><br>Tempel, Langestr. 65.  | <b>W.</b><br>Werner, Bülowstr. 59.   |

Die Bibliothek ist abends geöffnet und steht jedem Mitgliede zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Buchhandlung des „Vorwärts“ Berlin SW., Reuthstr. 2.  
Seute gelangt zur Ausgabe: Jakob Nr. 216. Geschichte des Sozialismus. Heft 5.  
Neu eingetroffen ist: Warum der Kampf gegen die Sozialdemokratie? von W. G. v. H. Preis 20 Pf.  
Der Hochverrathsprozess gegen die Mannheimer „Volkstimme“. Preis 20 Pf.  
Protokoll der Verhandlungen des zweiten Parteitagess der bayerischen Sozialdemokratie. Preis 20 Pf.  
Bilderbuch für grosse und kleine Kinder. Herausgegeben von J. D. W. Dieb. Preis 75 Pf.

**Georg Wagner Uhrmacher,** Oranienstr. 65, 1 Tr.  
Bitte auf die Hausnummer zu achten.  
Ihren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen. Maschin. goldene Trauringe, geschliffen gestempelt: 1 Dukaten 10,50 M., 1 1/2 Duk. 15,50 M., 2 Duk. 20 M. Star. von 4 M. an. 5735 L.  
Reparaturen an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig

**Ball- u. Cotillon-Artikel,** Knallbombs, Cotillon-Bouquettes, Fächer, Kopfbedeckungen, Jux- und Scherzartikel. Größte Auswahl. Billigste Preise.  
**Otto Oeser,** Alexanderstrasse 51/52, Ecke Prenzlauerstrasse. 8809.  
Kataloge gratis und franko. Post-Versand nach außerhalb.

**Arbeiter-Bildungsschule General-Versammlung** am Mittwoch, den 31. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Schulz. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Kassenericht der Kassierer und Revisoren. 4. Wahl des 1. Schriftführers und zweier Revisoren. 5. Event. Anträge aus der Versammlung. Es ist Pflicht aller Mitglieder und Schüler, in jeder Generalversammlung zahlreich zu erscheinen. — Die Versammlung wird spätestens um 9 Uhr eröffnet. — Neue Mitglieder und Schüler werden vor Eröffnung der Versammlung noch aufgenommen. 51/17 Der Vorstand.

Mittwoch, den 31. Oktober 1894, Nachmittags 3 Uhr: **Grosse öffentliche Versammlung** sämtlicher **Gast- und Schankwirths Berlins u. Umg.** in Buß' Salon, Große Frankfurterstraße 85.  
Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Gast- und Schankwirths Berlins und Umgegend zur Verlängerung des Bier-Bozotts? Diskussion. 2. Wie haben sich die Gast- und Schankwirths in Zukunft zu organisiren? Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 180/8 Die Zwölfer-Kommission. J. A. W. Lorenz, Koppenstr. 47.

Landsberger Allee **Elysium.** Landsberger Allee No. 40-41.  
Sonntag, den 4. November 1894, Vormittags 11 Uhr: **Grosse Matinée** bestehend in **Konzert und Theater** zum Besten der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter veranstaltet von der „Ethischen Gesellschaft“.  
Billetts a 20 Pf. sind bei folgenden Mitgliedern zu haben: Donath, Pappel-Allee 3-4, Schlewitz, Kremmenerstr. 3, Donner, Mantuffelstraße 19, Pethke, Dresdenerstr. 99, Waldeck Manasse, Oranienstraße 180, W. Noack, Reichenbergerstr. 112, Thiedt, Weissenburgerstr. 57.

**Große Berliner Schneider-Akademie.** Berlin C., Rothes Schloss nur No. 1.  
Größte und besuchteste Fachschule; alleiniger Unterricht nach der unüberwinnlichen und allgemein als beste anerkannten Methode. Wirkliche Garantie für gediegene theoretische und besonders praktische Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäschschneiderei. Kostenfreier Stellennachweis. Prospekte gratis. — Empfehlungswürdig: Lehrbücher für Herren- und Damenschneiderei. — Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer: nur No. 1. Die Direktion.



Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Dienstag, den 30. Oktober. Opernhaus. Faschaff. Karneval. Schauspielhaus. Wie die Alten klingen. Festung-Theater. Madame Sans-Gêne. Deutsches Theater. Die Kameraden. Berliner Theater. Die Hege. Schiller-Theater. Der Menonit. Neues Theater. Komödianten. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Vogelhändler. Residenz-Theater. (Théâtre libre.) La Tante Léontine. Jaques Damour. Theater unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt. Bellealliance-Theater. Königskrause. Alexanderplatz-Theater. Ein Modell. Verbotene Liebe. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Central-Theater. O! diese Berliner! National-Theater. Die Weber. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse. Dienstag, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr: Der Menonit. Mittwoch, den 31. Oktober, Abends 8 Uhr: Ein Saliffement. Donnerstag, den 1. November, Abends 8 Uhr: Der Meiseidbauer. Freitag, den 2. November, Abends 8 Uhr: Der Menonit.

### Central-Theater

31te Jakobstraße Nr. 30. Direction: Richard Schult. Emil Thomas a. G. Anna Baders. Josefine Dora. Zum 60. Male: O! diese Berliner! Große Fosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund. Musik von Jul. Einödshofer. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets. arrangirt v. Balletmeister Göza Xianer. Die Weber. Schauspiel in 4 Akten von ... Regie: Max Samst. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Adolph Ernst-Theater

Letzte Woche! Charley's Tante. Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi. Parodistische Fosse in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, den 4. November: Der kleine Herr. Schwank in 3 Akten v. Arthur Lauw. (Novität.)

### Alcazar

Vaudeville-u. Variété-Theater Dresdenstr. 52/53 (City-Passage). Vornehmster Familienaufenthalt. Neu! Sensationell! Neu! Pusebach auf Korea. Neu! Mr. Chong und Geschwister Sarno. Neu! Auftreten sämtl. Spezialitäten. Entree: Wochent. 20 Pf., Sonntags 40 Pf. Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr. R. Winkler.

### Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20. Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen.

### Passage-Panopticum.



51 wilde Weiber aus Dahomey.

Die Hergenschautel, neueste Illusion.

### Castan's Panopticum.

Hassan Ali der grösste Mensch der Welt. Prinzess Topase das kleinste Menschenkind. Mexikanische Riesen-Cacteen in noch nie gesehener Größe.

### Circus Renz

Carlstrasse. Dienstag, den 30. Oktober er., Abends 7 1/2 Uhr: Sensationeller Erfolg! Tjo Ni En. (Beim Jahreswechsel in Berlin.) Die Manege in 2 Minuten zur Bühne verwandelt. Sensationelle Tänze, u. a. les grolots vivants (Origin.) Jeu des barbiochons. Außerdem: d. Feuerpferd Ellmar, vorgef. v. Dir. Fr. Renz. Mikado u. d. Springsperd Blitz, ger. von Frau Renz-Stark. Zum ersten Male: Frä. Amalie Renz, travall sans selle en grand vitosse; d. Clowns Gebr. Villand etc. Mittwoch: Tjo Ni En. Fr. Renz, Kommissionsrath.

### Orts-Krankenkasse der Graveure, Giseleure u. f. w.

Gemäß § 49a des Kassenstatuts findet am Dienstag, den 6. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Arminhallen, Kommandantenstr. 20, die Erziehungswahl von 10 Vertretern der Arbeitnehmer statt. Die Wahlberechtigten werden hierzu ergebenst eingeladen. 189/11 Das Kassenbuch ist als Legitimation nothwendig.

### Orts-Krankenkasse d. Möbelpolier.

Am Sonntag, den 4. Nov. 1894, Vormittags 11 Uhr, bei Heise, Sichtenbergerstr. 21, 199/16 Versammlung sämtlicher Kassenmitglieder, sowie deren Arbeitgeber. Tagesordnung: Aufstellung der Delegirtenliste. Am Montag, den 5. November 1894, Abends 8 Uhr, findet in demselben Lokale die Wahl der Delegirten statt. Die Arbeitnehmer wählen 48, die Arbeitgeber 16 Delegirte. Berlin, 28. Oktober 1894. Der Vorstand.

### Erklärung.

Ich, Endesunterszeichneter erkläre hiermit auf Ehrenwort, daß ich vom heutigen Tage nicht nur ringfreies Bier vom Faß, sondern auch Flaschenbier, welches nur aus ringfreien Brauereien entnommen ist, verkaufe. Gleichzeitig erkläre ich, daß das von der Kontrolle bei mir gefundene Unions-Bier ein Geschenk der betreffenden Brauerei zur Feier der Konfirmation meiner Tochter war. Ich bedauere umso mehr, daß ich den großen Fehler den Arbeitern gegenüber begangen und das betreffende Faß nicht in meiner Privatwohnung angefüllt habe, und bitte um gütige Verzeihung. Sodann sei noch bemerkt, daß bei mir jedem Kontrolleur freier Ein- und Ausgang in Ausübung der Kontrolle zusteht. 10118 Treprow, Neue Krug-Allee, 28, 10. 94.

### C. Ahrens.

Frei ist der Preiszuschuß! Frei! Frucht-Strasse 36a. Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen. Im unteren Saal täglich Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei. Empfehle meine Winterlegelbahn. 724b Fr. Wölferling.

### C. Bolzmann's Gesellschafts-Säle,

Lichtenbergstr. 16. Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen. 820L.

### Karton-Arbeiterinnen!

Die Fabrik von Cohn u. Friedländer, Stralauerstr. 58, ist wegen der vorgekommenen Angriffe auf die Sittlichkeit gesperrt.

### II. Nachtrag zum Statut der Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker zu Berlin.

Die nachfolgenden Paragraphen des Statuts erhalten folgende Fassung: Artikel I. § 24 erhält folgenden Zusatz: Die Krankenkasse, welche bei jedem erkrankten Mitgliede mit Ausnahme derjenigen, welche in einer Heilanstalt untergebracht sind, wöchentlich einmal stattfinden muß, wird vom Kassensführer ausgeführt. § 49 erhält folgende Fassung: Die Generalversammlung besteht aus Vertretern der Kassenmitglieder und Arbeitgeber, welche in gleicher Zahl auf drei Jahre gewählt werden. Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen, die Arbeitgeber können zu Vertretern auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber wählen.

Die Mitglieder wählen für je 20 Kassenmitglieder einen Vertreter. Ist die Zahl der Kassenmitglieder nicht durch 20 theilbar, so ist für die überschüssige Zahl, wenn dieselbe 10 oder mehr beträgt, ein weiterer Vertreter zu wählen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Für je 40 von den Arbeitgebern beschäftigte Kassenmitglieder, für welche die ersten Beiträge aus eigenen Mitteln zahlen, wird je ein Vertreter gewählt. Für den überschüssigen Bruchtheil wird ein weiterer Vertreter nur dann gewählt, wenn dadurch die Zahl der Arbeitgeber nicht über ein Drittel der Gesamtzahl erhöht wird. Jeder Arbeitgeber führt bei der Wahl auf jedes großjährige Kassenmitglied, für welches er Beiträge aus eigenen Mitteln zahlt, eine Stimme. Die Zahl der von den Kassenmitgliedern und von den Arbeitgebern zu wählenden Vertreter wird vor jeder Wahl von dem Kassenvorstand festgestellt und in der Einladung zum Wahltermin angegeben. Die Wahl erfolgt für die Kassenmitglieder und für die Arbeitgeber in einem besonderen Wahltermin, zu welchem die Wahlberechtigten mindestens eine Woche vorher in der im § 63a bezeichneten Art einzuladen sind. Für die Form und Leitung der Wahl sind die Bestimmungen des § 38 Abs. 4 bis 6 maßgebend. Wird die Wahl von den Kassenmitgliedern verweigert, so werden die Vertreter von der Aufsichtsbehörde ernannt. Wird die Wahl von den Arbeitgebern verweigert, so ruht deren Vertretung in der Generalversammlung für die betreffende Wahlperiode. Scheidet ein Vertreter während der Wahlperiode aus, so findet für die übrige Wahlperiode eine Ergänzungs-wahl statt. In der Generalversammlung führt jeder Vertreter eine Stimme. Das Stimmrecht ist von dem Vertreter persönlich auszuüben. § 55 erhält folgenden Zusatz: Der Rechnungs- und Kassensführer wird in der Generalversammlung im November auf ein Jahr gewählt. Die Wahl erfolgt mittels Stimmzetteln. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos, welches vom Vorsitzenden gezogen wird. Der Ausscheidende ist wieder wählbar. § 63 erhält folgenden Zusatz: Der Reservefonds ist bis zur Höhe u. f. w. das Wort doppelten fällt fort. Artikel II. Vorstehender Nachtrag tritt mit dem Tage der Genehmigung seitens des Bezirks-Ausschusses in Kraft. Berlin, den 7. Juli 1894. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker zu Berlin. Gustav Janz, Vorsitzender, Petersburgerstraße 46.

Vorstehender II. Nachtrag wird hierdurch mit der Maßgabe genehmigt, daß derselbe an dem der Veröffentlichung folgenden Montage in Kraft tritt. Berlin, den 26. September 1894. Der Bezirks-Ausschuß. Dippel.

Die der Frau Kiegenhorn zugefügte Beleidigung nehme ich zurück und erkläre, daß die Sache auf ein Mißverständnis beruht. 720b Hermann Gäge.

### Achtung!

Freunden und Genossen mache hiermit bekannt, daß ich das Schanklokal von Th. Herzog, Pantstr. 32b übernommen habe und stelle mein Vereinszimmer, sowie sämtliche Lokalitäten zur Verfügung. E. Korlin.

Wahlwörter, Meerschweine lauft stets Eisenbahnstr. 28, Vogelhandlung.

Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Wahlvereins des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises zur Kenntniß, daß unser langjähriges Mitglied, der Kupferschmied

### Wilhelm Hasche

nach langer Krankheit verstorben ist. Er war ein treuer Kämpfer für unsere Ziele. Ehre seinem Andenken. 276/9 Der Vorstand. Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachm. 4 Uhr vom Krankenhaus Bethanien nach dem Thomas-Kirchhof statt. Um zahlreiche Theilnahme wird gebeten.

### I. Berl. Reichstags-Wahlkreis!

Hierdurch die traurige Mittheilung, daß unser Genosse

### Wilhelm Hasche

am Sonntag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus Bethanien nach dem Thomas-Kirchhofe in Brix statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht Der Vertrauensmann.

Destillation Umstände halb. bill. j. verm. od. f. jeden Preis veräuß. Kantstraße 150, am Zoologischen Garten.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

### Zwei öffentliche Versammlungen.

Köpenicker Viertel: Dienstag, den 30. Oktober, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Waldemarstraße 75. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtv. Genossen Bernhard Bruhns über: „Leben und Treiben der Landbevölkerung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Osten: Am Dienstag, den 30. Oktober, Abends 9 Uhr, im Elysium, Landsberger Allee 38-39. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Der Klassenkampf“. Referent Genosse Jul. Türk. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 279/17 Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Berband

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 31. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht der Ortsverwaltung, der Beisitzer, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. 3. Wahl des Arbeitsvermittlers. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliedsbuch ist vorzulegen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

### Achtung! Töpfer. Achtung!

Oeffentl. Versammlung aller Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend heute, Dienstag, den 30. Oktober er., Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Drener, Gr. Frankfurterstr. 74. Tages-Ordnung: 1. Die Lage unseres Genossenschafts und weitere Stellungnahme zu demselben. 2. Bericht der Delegirten der Gewerkschafts-Kommission. — 3. Verschiedenes. 244/10 Nicht aller Töpfer und Berufsgenossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann: Gustav Melzer, Friedrichselderstr. 26.

### Generalversammlung

des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg am Mittwoch, den 31. Oktober er., Abends 8 Uhr, im Lokal „Bismardshöhe“, Wilmersdorferstraße Nr. 38. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kassiers und des Vorstandes. 4. Wahl des gesammten Vorstandes. 5. Verschiedenes. In Bezug auf die Reorganisation machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, die noch nicht im Besitze der neuen Statuten sind, dieselben abzuholen. — Die Zahlstellen befinden sich bei: H. Krause, Wilmersdorferstraße 38. H. Wernicke, Krumme Str. 19. P. Wolter, Magazinstr. 15. Gimpel, Osnabrückerstr. 28. 286/5 Der Vorstand.

Staars billig zu verk. bei Weinast, Reichendergerstr. 128, v. 2 Tr. 862b

Möbl. Schlafstelle bei Hebe, Genthinerstraße 39. 726b

Anst. Schliff. N., Alexandrinenstr. 61, H. I. Ein einfach möbl. Zimmer, sep., für Herrn oder anst. Dame sofort zu verm. (Preis 15 M.) Fehrbellinerstr. 55, vorn 3 Tr. links. 714b

Schlafstelle für Herrn Adlerstr. 12, 2 Tr. l. 716b

Wilmersdorferstr. 40 kleine frdl. Wohnungen, renovirt, sofort billig.

Ein möbl. Zimmer ist zu verm. Naumystraße 28, vorn part. rechts bei Bismarckstr. 722b

Freundl. Schlafstelle für Herrn Mariannenstraße 39, vorn 3 Tr. links.

Unserem Genossen Karl Bittner zum heutigen Wiedenfesten Wünschen wir das allerbeste. Aber beim Wiederschnüffeln nicht wieder streifen? — 715b Berlin I 16-20.

Am Sonntag Abend 7 Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser Vater, Bruder und Schwager, der Destillateur 721b Paul Malicke im Alter von 88 Jahren. Dies zeigen tiefbetruert an Die trauernden Hinterbliebenen Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause Adalbertstraße 84 aus statt.

### Dankagung.

Allen Bekannten und Verwandten, insbesondere dem Kaiserlichen Männerchor und dem Personal der Firma Siegm. Cohn sagen wir hiermit unsern Dank für die Theilnahme an der Beerdigung unserer lieben Mutter, der Witwe Kaske. 7175 Die tiefbetruerten Kinder. Waldemar Schewe nebst Geschwistern.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Zwei öffentliche Versammlungen. Köpenicker Viertel: Dienstag, den 30. Oktober, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Waldemarstraße 75. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtv. Genossen Bernhard Bruhns über: „Leben und Treiben der Landbevölkerung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Osten: Am Dienstag, den 30. Oktober, Abends 9 Uhr, im Elysium, Landsberger Allee 38-39. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Der Klassenkampf“. Referent Genosse Jul. Türk. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 279/17 Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Berband

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 31. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht der Ortsverwaltung, der Beisitzer, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. 3. Wahl des Arbeitsvermittlers. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliedsbuch ist vorzulegen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

### Achtung! Töpfer. Achtung!

Oeffentl. Versammlung aller Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend heute, Dienstag, den 30. Oktober er., Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Drener, Gr. Frankfurterstr. 74. Tages-Ordnung: 1. Die Lage unseres Genossenschafts und weitere Stellungnahme zu demselben. 2. Bericht der Delegirten der Gewerkschafts-Kommission. — 3. Verschiedenes. 244/10 Nicht aller Töpfer und Berufsgenossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann: Gustav Melzer, Friedrichselderstr. 26.

### Generalversammlung

des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg am Mittwoch, den 31. Oktober er., Abends 8 Uhr, im Lokal „Bismardshöhe“, Wilmersdorferstraße Nr. 38. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kassiers und des Vorstandes. 4. Wahl des gesammten Vorstandes. 5. Verschiedenes. In Bezug auf die Reorganisation machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, die noch nicht im Besitze der neuen Statuten sind, dieselben abzuholen. — Die Zahlstellen befinden sich bei: H. Krause, Wilmersdorferstraße 38. H. Wernicke, Krumme Str. 19. P. Wolter, Magazinstr. 15. Gimpel, Osnabrückerstr. 28. 286/5 Der Vorstand.

Staars billig zu verk. bei Weinast, Reichendergerstr. 128, v. 2 Tr. 862b

Möbl. Schlafstelle bei Hebe, Genthinerstraße 39. 726b

Anst. Schliff. N., Alexandrinenstr. 61, H. I. Ein einfach möbl. Zimmer, sep., für Herrn oder anst. Dame sofort zu verm. (Preis 15 M.) Fehrbellinerstr. 55, vorn 3 Tr. links. 714b

Schlafstelle für Herrn Adlerstr. 12, 2 Tr. l. 716b

Wilmersdorferstr. 40 kleine frdl. Wohnungen, renovirt, sofort billig.

Ein möbl. Zimmer ist zu verm. Naumystraße 28, vorn part. rechts bei Bismarckstr. 722b

Freundl. Schlafstelle für Herrn Mariannenstraße 39, vorn 3 Tr. links.

Für die Berliner Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die geprüfte Gewinnliste der preuß. Lotterien bei.



## Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

### Vom Umfang der Arbeitslosigkeit

Kann der Verl. auf den Arbeitsnachweise-Stellen ein ungefähres Bild geben. Durch eine Umfrage des „Statistischen Amtes der Stadt Berlin“ vom März 1894, die vom Polizeipräsidenten unterstützt wurde, ist versucht worden, den Umfang der Stellenvermittlung sämtlicher Berliner Vereine und Bureaus, die sich hiermit abgeben, zu ermitteln. Nicht bloß die Nachweise der Verbände von Arbeitnehmern oder Arbeitgeber, der Innungen und „gemeinnützigen“ Vereine und Anstalten, sondern auch alle Bureaus, die die Vermittlung gewerbmäßig betreiben, sogar die Gefindevermittlungsbüros, sind befragt worden, leider nur theilweise mit Erfolg. Die Umfrage bezog sich auf 1892 und 93. Für 1892 werden die Zahlen jetzt im eben erschienenen 19. Jahrgange des „Statist. Jahrbuchs der Stadt Berlin“ mitgeteilt. Das Ergebnis zeigt ein eigenthümliches Schlaglicht auf die bekanntheit auch 1892 oft genug aufgestellte Behauptung, daß eine Arbeitsnot in größerem Umfange nicht bestehe. Thatsächlich geht die Zahl der Bewerber fast überall weit über die der offenen Stellen und noch weiter über die der schließlich wirklich besetzten hinaus. An einzelnen Nachweistellen ist der Unterschied geradezu ungeheuerlich. Selbst wenn man annimmt, daß mancher Bewerber noch Arbeit hatte und sich nur versuchsweise meldete, um seine Stellung eventuell mit einer anderen zu vertauschen, so kann man sich beim Lesen dieser Zahlenreihen doch nicht des Eindrucks erwehren, daß in jenen Unterschieden in der Hauptsache das große Meer von thatsächlich Arbeitslosen zum Ausdruck kommt, die damals vergeblich Beschäftigung gesucht haben. Leider hat auch von denjenigen Arbeitsnachweisen, die die Umfrage beantworteten, noch ein großer Theil nur lächerhafte Auskunft gegeben. Sehr oft fehlt die Zahl der Bewerber und auch die der offenen Stellen, so daß ein Vergleich nicht möglich ist. Von den einigermaßen vollständigen Antworten wollen wir diejenigen mittheilen, welche sich auf Nachweise mit stärkerem Verkehr beziehen oder durch das Mißverhältnis der Zahlen ein besonderes Interesse erregen.

Name der Nachweistelle	Besetzte Stellen	Offene Stellen	Offene Stellen
Deutscher Uhrmacher-Gehilf.-Verb.	1246	2300	2140
Schmiedezunft	1860	2541	?
Verband Berl. Metall-Industrieller	1457	23985 (1)	1751
Verb. d. Arbeiter in der Metall-Ind.	1324	4216	1907
Verb. der Arbeiter der Papier- und Leder-Industrie Deutschlands	451	1322	1087
Verein der Tapeziergehilfen	408	1151	447
Verb. d. Möbelpolierer Berl. u. Umg.	569	682	711
Zischler-Innung u. freie Vereinigung der Holz-Industriellen	1604	2551	?
Bäcker-Innung „Germania“	3447	4844	3447
Nachw. f. Schlächtergeu. u. Mamsells Stellmacher, Kürschner, Konditoren, Drechsler, Tischler-Innung	2578	4000	?
Maler-Innung	5036	ca. 6000	3088
Berl. Kellner-Verein (auch für Hausdiener u. f. w.)	4307	4893	4310
Verb. deutscher Gasthofs-Gehilfen	331	1188	645
Anstalt „Marthashof“, Nachweis besonders für Dienstmädchen	480	643	2667
Anstalt „Charlottenheim“, Nachweis besonders für Dienstmädchen	111	682	800
Gefinde-Vermittlungs-Bureau in der Friedrichstadt	62 000	75 000	82 000
Vermieth.-Bureau für ländl. Gefinde im Stralauer Viertel	594	594	678
Vermieth.-Bureau f. Erziehertinnen u. Kaufmännischer Hilfsverein	29	111	78
Verein junger Kaufleute	718	8479	1508
Hilfsverein für weibl. Angestellte	897	1870	1169
Zentralverein f. Arb.-Nachw., männl.	247	1091	671
weibl.	7552	11672	7949
Herberge zur Heimath	998	1960	1071
Verein zur Verringerung v. Strafgefäng.	ca. 5000	ca. 7000	?
Letzte-Verein, Nachweis für weibl. Pers.	2798	3645	?
	2110	5909	4720

Diese Auswahl ist nur klein, aber hoffentlich mannigfaltig genug, um einen leidlichen Ueberblick über das gesammte Gebiet der Stellenvermittlung in Berlin zu gewähren und zu zeigen, daß es ziemlich in allen Branchen an hinreichender Beschäftigung gefehlt hat. Ueberfluth an offenen Stellen hatten fast nur die Dienstmädchen und das ländliche Gefinde. Der Tabelle sind schließlich noch eine Anzahl von Bemerkungen angefügt, die noch manchen interessanten Ausschluß über den Werth der vermittelten Stellen geben. Bei den Möbelpolierern steht: „Die nicht besetzten offenen Stellen waren schlecht gelohnt oder nur zur Aushilfe zu vergeben.“ Vielleicht hängt damit die merkwürdige Erscheinung zusammen, daß hier von vornherein weniger Bewerber sich meldeten, als Stellen da waren. Geringen Lohn und nur Aushilfsstellung wird man vernünftlich in den meisten Fällen, wo die Stellen nicht sämtlich besetzt wurden, annehmen müssen, auch da, wo die Zahl der Bewerber größer war. Beim Berliner Kellner-Verein, welcher 4307 Stellen besetzte, heißt es: „Von den Stellen nur 125 dauernd, die anderen zur Aushilfe.“ Bei der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung, die nur 3346 besetzte Stellen, aber nicht die Zahl der Bewerber angiebt, wird bemerkt: „Außerdem jährlich 1340 Gehilfen zur Aushilfe am Sonnabend und Sonntag.“ Im ganzen lagen bei 45 Bureaus (ohne Gefinde-Vermittlung) gleichzeitig Angaben über die eingetragenen und die berücksichtigten Bewerber vor: 114707 eingetragene und 49834 berücksichtigte; bei 35 gleichzeitig über die eingetragenen Bewerber und die offenen Stellen: 82233 und 43323; bei 39 gleichzeitig über die offenen und die besetzten Stellen: 48982 und 32040. Die Unvollkommenheit der Tabelle, die besonders an diesen Zahlen zu merken ist, wirkt zwar sehr störend, läßt aber doch erkennen, ein wie werthvolles Material zur Beurtheilung der Lage der Arbeiterbevölkerung eine systematisch durchgeführte Arbeitslosen-Statistik liefern könnte.

### Gerichts-Beitrag.

Am schriftliche Gutachten eines Gerichtschmeifers handelte es sich am Sonnabend in einer bis 7 Uhr Abends dauernden Sitzung der genannten Strafkammer des Landgerichts I. Die Kaufleute Th., theil hier, theils in Hamburg und Köln wohnhaft, waren des Betruges beschuldigt, dadurch begangen, daß sie Rheumatismerkrankten zu Heilweden angepriesen und in Verfehr gebracht haben sollten, von deren Unwerth sie überzeugt waren. Mit Entschiedenheit haben sich die Angeklagten gegen die letzte Annahme verwahrt. Derjenige Angeklagte, welcher in Berlin wohnt (seine Brüder waren von Erscheinungen entbunden), ergabte dem Gerichtshofe, wie er Jahre lang von Nicht befallen

gewesen sei und dann seine Zuflucht zu einer Winter'schen Nichtlette genommen habe. Er habe dieselbe mit einer wesentlichen Verbesserung versehen und erst, nachdem er und gichtleidende Bekannte die wunderbaren Heilerfolge erzielt, sei er auf die Idee gekommen, Ketten nach seinem System anfertigen zu lassen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Blaschauer, führte dem Gerichtshofe eine Anzahl Zeugen aus den gebildeten Ständen vor, welche sich übereinstimmend in Lobeserhebungen ergingen über die Wirkungen, welche durch das Tragen der Ketten an ihrem Körper erzielt worden seien. Als einen ferneren Beweis für den guten Glauben der Angeklagten führte der Verteidiger an, daß der Gerichtschmeifer Dr. Wein in einem Atteste die fraglichen Ketten „Heilketten“ genannt und in demselben Atteste bescheinigt habe, daß sie „Heilweden“ dienten. Dies Atteste hatten die Angeklagten vervielfältigen und einer jeden Kette beilegen lassen. Im vorigen Sommer ließ das Polizeipräsidium vor dem Ankauf dieser Ketten warnen, weil dieselben die angepriesene Wirkung nicht hätten. Dabei wurde auch der Wortlaut des Dr. Wein'schen Attestes beanstandet und bemängelt, daß er sich an der Spitze desselben als „Polizei- und Gerichtschmeifer“ bezeichnet und seine Befugnisse überschritten habe, indem er die „Heilketten“ der Ketten bescheinigte. Der Angeklagte erklärte, daß Dr. Wein für die Ausstellung des Attestes zunächst 500 M. verlangt, sich dann aber mit 200 M. und einem Extrahonorar von 100 M. jährlich begnügt habe. Als dem als Zeugen vernommenen Dr. Wein das Gutachten vorgelegt wurde, gab er die überraschende Erklärung ab, daß es gefälscht sei. Er stelle niemals Atteste aus, die einen reklamehaften Inhalt hätten. Im vorliegenden Atteste seien die Worte „Elektrische Heilketten“ und „Heilweden“ nachträglich eingeschaltet worden. Staatsanwalt und Gerichtshof schienen an eine Fällung nicht glauben zu wollen, zumal sich aus dem Befunde des Schriftstückes keinerlei Anhaltspunkte ergaben, die auf eine Fällung schließen ließen. Die Vernehmung des Dr. Wein wurde eine äußerst eingehende, seine Aussage wurde zu Protokoll genommen und ihm zweimal vorgelesen. Schließlich beschloß der Gerichtshof, alle zu Dienstag, den 30. d. M. anberaumten Sachen aufzuheben um an diesem Tage allein die vorliegende Sache fortsetzen und beendigen zu können. Es sollen zu diesem Termine noch mehrere neue Zeugen geladen werden.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts II gegen den Bauwächter Konstantin Grajed, welcher sich wegen eines in Charlottenburg verübten brutalen Sittlichkeitsverbrechens verantworten mußte. In einem Neubau hat G. die sechsjährige Emma Quanter gelockt und dem Kinde Gewalt angethan. Die Strafkammer verurtheilte den Missethäter zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Die Anklagesache gegen den Apothekenbesitzer A. d. r. s. c., welche kürzlich zur Ablehnung des Vorzuges, Landgerichtsdirektors Brausewetter, Veranlassung gab, weil derselbe vor Beginn der Verhandlung zu einem Besizer einer Kneipung trat, aus welcher der Beschuldigte auf eine Voreingenommenheit gegen den Angeklagten schließen zu müssen glaubte, ist gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I bei gleicher Besetzung des Gerichtshofes zum Abschluß gelangt, nachdem das Ablehnungsgesuch vom Kammergericht zurückgewiesen worden war. Der Angeklagte sollte sich eines Vergehens gegen das Marken-Gesetz schuldig gemacht haben, weil er Pepsin-Gesetz, welche in seiner Apotheke bereitet worden war, in ähnlicher Ausstattung verkauft haben sollte, wie sich die Inhaber der Schering'schen Apotheke dieselbe für das von ihnen gefertigte Präparat geschlich hatten schützen lassen. Der Gerichtshof gelangte auf grund eigener Anschauung der beiden fraglichen Ausstattungen zu der Ansicht, daß die Unterschiede-Merkmale so bedeutend seien, daß das Publikum bei einiger Aufmerksamkeit garnicht getäuscht werden könne. Es wurde deshalb ein freisprechendes Urtheil gefällt.

Der Ruch der Hauswirths-Vorrechte führte gestern den Klempner Emil Gieseler und dessen Ehefrau wegen strapazierten Eigenzuges („Rüden“) vor die zweite Strafkammer am Landgericht II. Die Angeklagten hatten im vorigen Winter eine kleine Wohnung im Hause des Eigentümers K. L. in Neu-Weißensee inne, für welche sie monatlich 9,50 M. Miete zu zahlen hatten. Als sie für den Februar die Miete nicht bezahlen konnten und der Hauswirth drängte, so zogen sie am 14. März mit ihren geringen Habsehligkeiten heimlich aus. Trotz des winzigen Verlustes stellte der Hauswirth Strafantrag. In der heutigen Verhandlung schilderte der Chemann in herabgewandter Weise die Nothlage, welche ihn zu der „Straftat“ zwang. Er habe während des ganzen Winters keine Arbeit gehabt. Um wenigstens einige Groschen zu verdienen, habe er sein Handwerkzeug auf den Rücken genommen und sei durch Schnee und Wetter von Dorf zu Dorf gewandert, um bei den Leuten nachzusagen, ob sie Dachrinnen oder dergleichen anzubessern hätten. Oft habe er in Schnee und Kälte zusammenbrechen wollen, doch der Gedanke, daß daheim Frau und Kinder in der kalten Stube ohne einen Bissen Brot säßen, habe ihm warm gemacht und ihn immer weiter getrieben. Oft sei er mit 20 oder 30 Pfennig des Abends heimgekommen, davon hätte die Familie am andern Tage leben sollen, wenn sie sich nur an denselben Abende davon hätte sättigen können. Ohne Nahrung und ohne einen Pfennig Geld sei er am nächsten Morgen immer wieder, von der Noth getrieben, auf die Suche nach Beschäftigung gegangen. Unter diesen Umständen habe er die Miete nicht aufbringen können, der Hauswirth habe gedrängt, um nicht noch mehr Miettschulden aufkommen zu lassen, seien sie heimlich ausgezogen; die paar Kleinigkeiten, welche sie noch besaßen, hätten dem Ruch doch nicht genügt. Was noch kaum jemals eingetreten ist, trat hier ein. Der Gerichtshof erkannte auf die niedrigste zulässige Strafe von je drei Mark Geldstrafe. „Selber“ müßten die Angeklagten bestrast werden, da der Vermietter Strafantrag gestellt habe, und eine noch geringere Strafe lasse das Gesetz nicht zu. Während der Verhandlung hatten einige im Zuschauerraum auf die nächste Sache wartende Schlächter- und Händlerfrauen „zusammengedröhrt“ und als die Verurtheilten den Saal verließen, wurden ihnen durch den Gerichtsdienner einige Mark überliefert.

### Versammlungen.

Der Verband der Gold- und Silberarbeiter hielt am 22. Oktober eine Generalversammlung ab. Vom Kollegen Brückner wird den Mitgliedern zunächst ein eingehender Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes und des Vereins gegeben, der zu keinen Aussetzungen Veranlassung gab. Den 2. Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Genossen P. u. n. über das Thema: „Die Plagen unserer Zeit.“ Sodann ging die Versammlung zur Erledigung der Vorstandswahlen über. Es wurden

gewählt: Brückner erster, Wenzel zweiter Vorsitzender; Tschenscher erster, Krause zweiter Kassierer; Rottemann erster, Frohne zweiter Schriftführer; Feistel und Lohse, Schriftführer; Fleisch, Weißher. Zur Verlesung gelangt hierauf der Bericht des Kassierer, der folgendes ergibt: 3. Quartal Einnahme 468,51 M., Ausgabe 259,24 M., Bestand 207,27 M. Der Jahresabschluss ergibt nachstehendes Resultat: Einnahme 1278,25 M., Ausgabe 1068,86 M. Vom Unterstützungsfonds sind zu verzeichnen: Einnahme 443,15 M., Ausgabe 119 M., Bestand 324,15 M.

Zwecks Stellungnahme zu der geplanten Zentralfaktion der Ord.-Krankenkassen tagte am 25. Oktober eine öffentliche Versammlung der Bildhauer, Studienteure und deren verwandte Berufe. Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter R. u. H., Mitglied der am 16. Dezember v. J. in den Konfordiasalen gewählten „Reiner-Kommission“, hielt zum 1. Punkt der Tagesordnung das Referat und machte die Versammlung mit den Vorschlägen bekannt, welche die Kommission seit der langen Zeit ihres Bestehens ausgearbeitet hat. Von einer Zentralfaktion nach Leipziger Muster ist die Kommission abgekommen, nachdem zwei nach Leipzig gesandte Mitglieder berichtet haben, daß mehrere Einrichtungen dieser Kasse für Berlin absolut nicht passen. Der Kassenerführer Uemann, der seiner Zeit hier in Berlin so schöne Vorträge über die Zweckmäßigkeit der Zentralfaktion hielt und die Leipziger als Musterklassen hinstellte, ist — Magistratsbeamter. Ein Einspruchsrecht des Magistrats, wie es in Leipzig besteht, würden sich Berliner Arbeiter keineswegs in ihren Kassen gefallen lassen. Da jedoch die immer elender werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse eine regelrechte Funktion der Ortsklassen nicht zulassen, — fast alle arbeiten mit Unterbilanz — so müsse auf irgend eine Weise ein Zusammenfluß derselben herbeigeführt werden, der Ersparnisse in der Verwaltung des Krathonorars, der Medikamente u. f. w. ermögliche, trotzdem aber gleichzeitig den Mitgliedern auch Erleichterungen in der Beitragleistung verschaffe und überhaupt ihr Wohl in jeder Weise fördere. Die Kommission denkt sich die Zentralfaktion in folgender Weise: Berlin wird in vier Bezirke eingetheilt, diese vielleicht in ebensoviel oder mehr Sitzen, — so daß kein Mitglied weiter als zehn Minuten zu gehen braucht — welche durch Kartensystem sich gegenseitig Auskunft geben und kontrollieren. Die Widerwärtigkeiten der Meldepflicht würden dadurch ebenfalls aus der Welt geschwunden. Der Referent empfahl zum Schluß, sich eingehender mit der Frage zu beschäftigen, um zu verhindern, daß die Kassen immer mehr zurückgehen und auf Grund des Einspruchsrechts der Bezirke in deren Verwaltung übergeben, wie es bereits bei einigen der Fall ist. — B. u. d. r. konnte sich für diesen Plan nicht erwärmen, die Bildhauerkasse, welche viele Bequemlichkeiten anderen voraus hat, würde darunter sehr leiden; lieber solle man der Kauf der Kassen gehen lassen, wie er will, mag die Regierung, welche so unpraktische Krankenkassen-Gesetze geschaffen hat, selbst sehen, wie sie den Karren aus dem Sand herausholt. (Seufzer.) Dupont, nicht abgeneigt, eine Zentralfaktion zu schaffen, hegte aber große Zweifel, ob dadurch der Ruin der Kassen abzuwenden sei. Die vom Referenten vorgeschlagene Form des Zusammenflusses hielt er für undurchführbar. Nationales Mittel zur Hebung der Kassenverhältnisse biete nur die Verstaatlichung der Apotheken. S. o. r. c., L. a. m. p. e. und Meyer traten für einen Verband der Ortsklassen in die Schranken, für welchen Plan die 2ler Kommission bereits ein Statut ausgearbeitet habe, das den am 15. und 22. November stattfindenden Delegirten-Generalversammlungen der Bildhauerkasse zur Beschlussfassung vorliegen werde. In seinem Schlusswort behauptet R. u. H., daß, wie aus der Diskussion hervorging, die Kassen verschiedener Berufe nur aus kleinem Egoismus sich dem Plan der Zentralfaktion so schroff gegenüber stellen, indem sie fürchten, einen Theil ihrer etwaigen Vorteile anderen Kassen gegenüber einzubüßen. Er hoffe, in einem Jahr werde die Stimmung für Zentralfaktion eine andere sein. — Zum zweiten Punkte der Tagesordnung führte L. a. m. p. e. aus: Bei Gelegenheit der Ablehnung des Vorzuges der Brauerkassen habe die Aufsichtsbehörde in den Abmachungen mit dem „Verein freigewählter Kassenärzte“ einen Passus gefunden, welcher Veranlassung wurde, den Kassen anzugeben, die Verträge mit den Ärzten zu kündigen. Der neue Kontraktentwurf soll nach § 5 den Vorständen das Einspruchsrecht bei Verschreibung zu theurer Rezepte sichern. Die Ärzte lehnten diesen Passus und wozu ab, sie wollen sich von den Kassenvorständen nicht „disziplinieren“ lassen, obgleich sie selbst zugeben mußten, daß mit den Medikamenten toller Unfug getrieben werde. Was die Ärzte alles „verschreiben“, gebe speziell aus folgendem Fall hervor: Ein Arzt verschrieb einem Mitglied, dem die Stiefel brühten, weil es sogenanntes Horn an den Füßen hatte, eine Feile. (Stürmische Heiterkeit.) So könne es nicht weiter gehen; weigern sich die Ärzte, ein Einspruchsrecht der Vorstände anzuerkennen, dann sei es nur eine Frage der Zeit, ob nicht an die Vereitigung der freien Arztwahl herangeraten werden muß. In ähnlichem Sinne äußerte sich noch Dupont. Zum Schluß debattirte die Versammlung die Bestrebungen des Verbandes der Ortsklassen-Beamten Deutschlands, dessen eigenthümliches Verhalten gegenüber den Bestrebungen der übrigen Arbeiterschaft und das „Schleien nach oben“ die schärfste Beurtheilung erfuhr.

Der Schendrian in der Ord.-Krankenkasse lautete das Thema einer öffentlichen Versammlung der Barbiers, die am Donnerstag Nachts tagte. Der Referent S. t. a. r. o. s. s. o. n. bespricht eine Reihe von Unzuträglichkeiten, die bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Verwaltung eingetreten sind. Daß diese Zustände sich so lange halten konnten, führte Redner zum Theil auf die geschickte Manipulation der Verwaltung zurück, die durch die Art der Einberufung der Versammlungen — zu einer Zeit, wo die wenigsten Mitglieder Zeit haben — sich die Einwirkung von ihr unliebhaften Einflüssen fern hält. Die Bekanntgabe dieser Versammlungen, die man als keine genügende bezeichnen könne, geschieht nur durch den „Lokal-Anzeiger“. Die Verwaltungskosten betragen bei 800 Mitgliedern pro Mitglied 5,50 Mark, eine Ausgabe, die entschieden viel zu hoch ist. Daß solche Unkosten von einer Krankenkasse wie die in Betracht kommende, die unter den schlimmsten Verhältnissen zu leiden hat, für die Dauer nicht zu erschwären sind, ist klar. Einflimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung Protest erhebt gegen solche Zustände. Die Diskussion, an der sich 15 Redner theilnahmen, die alle, wenn auch nach verschiedener Richtung in die Beurtheilung einstimmten, förderte noch verschiedene Mißstände zu Tage. Dem Bureau wurde sodann der Auftrag erteilt, dafür zu sorgen, daß die nächste Generalversammlung Abends abgehalten werde. Entsprechende Anträge hierzu sind zum Theil schon gestellt und werden die nöthigen 100 Unterschriften gesammelt. Zum Schluß wurde eine Sammlung für die Brauerarbeiter veranstaltet.



